

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 17 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegraphische Anstalt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Zwickel

Herr Bracht und die Badehosen

Herr Bracht hat einen Zwickel verordnet. Was ist ein Zwickel? Wir bitten unsere männlichen Leser, sich von ihren Frauen darüber belehren zu lassen. Wenn sie ihren Frauen noch den Anlaß zu ihrer Frage ver-raten werden, wird sich bald an allen Ecken und Enden der Stadt ein unauslöschliches Gelächter erheben. Also Herr Bracht hat ver-ordnet, daß Badeanzüge künftig mit einem Zwickel zu versehen sind! Die Frauen, die wir darüber befragten, haben uns ausein-andergesetzt, diese neueste Bracht-Verordnung sei eben von einem Manne gemacht, der etwas ganz anderes meint, als er damit ge-sagt habe. Gemeint ist kurz und gut: jede Badehose, ob männlich oder weiblich, müsse an der interessantesten Stelle noch ein Feigen-blatt aus Stoff aufgenäht bekommen. Wegen der Sittlichkeit.

Der Rest der Verordnung steht der Ein-führung des Zwickels von amtswegen würdig zur Seite. Wir bitten unsere Leser, über diese Verordnung, die wir laut vorzulesen emp-fehlen, nicht zu sehr den Kopf zu schütteln. Wir leben wirklich im Jahre 1932, und sie können es noch erleben, daß sie ihre Bade-hosen vor der Benutzung zur Konzeffionierung und Abstempelung aufs Polizeiamt tragen müssen! Wird das erst eine Bracht sein, wenn diese Verordnung durchgeführt ist, wenn es keine gebräunten Körper mehr gibt, dafür aber die neue Bademode „Licht Luft und Sonne nicht durch!“ Werden die „ange-schnittenen Beine“ an den Bracht-Badehosen mit dem Millimetermaß nachgemessen? Wer-den Firmen, die im Punkte Sittlichkeit be-sonders zuverlässig sind, besonders konzeffio-nierte Modelle herausbringen?

Wir wollen diese Einzelheiten nicht ver-tiefen. Je länger man diese Verordnung be-trachtet, um so stärker erkennt man, daß sie eine Beleidigung der Bevölkerung, eine polizeiliche Unanständigkeit dar-stellt. Man braucht nur daran zu denken, daß die Polizei befugt sein sollte, die Innehaltung der Einzelheiten dieser Verordnung zu kon-trollieren.

Aber eines müssen wir noch laut und ver-nehmlich sagen: haben die Leute Sor-gen! Bei Millionen von Arbeitslosen, ange-sichts der gewaltigen Not im Lande, ange-sichts der Verwirrung der politischen Verhält-nisse hat Herr Bracht noch Zeit, sich um den Zwickel in den Badehosen männlichen und weiblichen Geschlechts zu kümmern. Nach seiner Großtat mit der Badehosenverordnung im Sommer gelüftet es ihm nach neuem Ruhme. Wir gestehen ihm neidlos zu, daß er auf diesem Gebiete unerreicht ist. Hier zeitigt er Taten, von denen man noch lange reden wird!

War das der Zweck der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen, daß er Zwickel in die Badehosen verordnet? Gehören die Zwickel auch zu den Maßnahmen auf Grund des Artikels 48, die zur Wieder-herstellung von Sicherheit und Ordnung für unumgänglich nötig erachtet worden sind?

Von den Zwickeln des Herrn Bracht wer-den die Millionen von Arbeitslosen nicht satt! Herr Bracht engt sie vielmehr noch weiter ein! Denn hier ist ein drastisches Beispiel, wie die blindwütig reaktionäre Tendenz auf kul-turellem Gebiete sozialreaktionäre Folgen hervorruft. In Berlin gibt es große städtische Badeanstalten mit Fami-lienbädern, die auch im Winter benutzt wer-den. Diese Bäder sind eine Wohltat für die Arbeiterbevölkerung. Herr Bracht will die Gäste dieser Bäder nötigen, sich neue Ba-de-an-zü-ge mit angeschnittenen Beinen und Zwickeln zu kaufen, da er die Bade-

Mordpläne im Braunen Hause

Röhm läuft hilfesuchend zum Reichsbanner!

München, 3. Oktober.

Eigener Bericht

Vor dem Münchener Amtsgericht rollte am Montag ein politischer Beleidigungsprozeß ab, der einen tiefen Blick hinter die Kulissen des Braunen Hauses in München tun ließ und die Verfälscherungen in der Hitler-Partei mit greller Deutlichkeit offenbarte.

Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“, Edmund Goldschagg, wegen zweier Artikel „Die Tscheta im Braunen Haus“, die im April dieses Jahres kurz vor der Reichspräsidentenwahl sensationelle Enthüllungen über eine Mordorganisation inner-halb der NSDAP brachten. Eine erste Bestäti-gung der Richtigkeit dieser Enthüllungen in der „Münchener Post“ brachte bereits ein Gerichts-urteil vom 5. Juli, durch das ein einfluß-reicher, händiger Gast im Braunen Haus namens Danzeisen wegen zweier Vergehen der Auf-forderung zum Mord sechs Monate Gefängnis erhielt. Aber in jener Verhand-lung wurden zwei wichtige Zeugen nicht ver-nommen, nämlich der Fabrikant Bell, eine ehe-maliger Vertrauensmann des Hauptmanns Röhm, und der Reichsbannerführer Major Mayr.

Biel weiter konnte nun der neue Prozeß in die Mordatmosphäre des Braunen Hauses hinein-leuchten, zu welchem

Bell und Mayr als Zeugen

zugezogen waren. Die Nationalsozialisten hatten natürlich ein begründetes Interesse daran, die Defensivität nicht gar zu tief in ihre dunklen Geheimnisse hineinschauen zu lassen. In dieser Richtung lag schon die Einleitung des Be-leidigungsprozesses gegen die „Münchener Post“. Nicht etwa der SA-Stabschef Röhm noch sein Nachrichtenchef Graf Dumoulin-Egart oder der Reichstagsabgeordnete Buch hatten gegen die „Münchener Post“ geklagt, obwohl sie doch als die meist Kompromittierten das größte Inter-esse daran gehabt haben müssen. Lediglich der Fremdenmörder Schulz und der Reichsflag-genmeister der NSDAP, Stadtrat Schwarz, hatten sich durch die Artikel der „Münchener Post“ beleidigt gefühlt, obgleich sie in den Enthüllungen nur nebensächlich genannt sind.

Noch deutlicher aber äußerte sich das Bestreben der Naziführung, so viel wie möglich zu vertuschen, in der Tatsache, daß

die Hauptzeugen, Hauptmann Röhm Dumoulin-Egart, Graf Sprell, Rolf Reiner, ein be-sondeter Vertrauter im Braunen Haus, und der im Zusammenhang mit dunkelsten Ge-schichten schon viel bekanntgewordene Hau-mann Hans Schweighardt, zum Teil unau-findbar waren, zum Teil der Ladung nicht Folge leisteten.

Röhm, Reiner und Schweighardt wurden dafür zu je 50 M. Geldstrafe und Tragung sämt-

licher Kosten verurteilt. Gerade diese Zeugen hät-ten bekunden müssen, was sie übrigens in zahl-reichen polizeilichen — auch freiwilligen — Ver-nehmungen auch getan hatten, daß im Braunen Haus

tatsächlich eine geheime Zelle

bestand, und daß ernstliche Mordabstich-tien vorhanden waren. Aber auch ohne diese Zeugen gelang der Verteidigung der Wahr-heitsbeweis. Sie erbrachte den Beweis da-für, daß Röhm, Dumoulin-Egart und Graf Sprell selbst die Ueberzeugung und die Gewiß-heit erlangt hatten, daß in den Kreisen der NSDAP im Frühjahr 1932 tatsächlich ein ernstes Mordkomplott verabredet war, und daß auf Betreiben des nationalsozialisti-schen Reichstagsabgeordneten Major Buch der Fabrikant Danzeisen einen gewissen Horn telegraphisch von Karlsruhe nach München gerufen hatte, um die Ausführung der Mordtaten zu über-nehmen, und zwar handelte es sich um einen

Mordanschlag auf den bereits genann-ten Bell, auf Dumoulin-Egart und Hauptmann Röhm.

Auffsehen erregte schon gleich bei Beginn der Zeugenvernehmung, als Bell um seine Nichtverurteilung ersuchte. Er begrün-dete seine Bitte damit, daß er sich durch seine Auslosung Gegner mache, und daß es bei den Zu-ständen im Braunen Haus möglich sei, daß für wenig Geld eine solche eidesstattliche Aussage erkaufte und er dann in ein Meinungsverfahren verwickelt werde, wie es ihm schon einmal passiert sei. Der Zeuge, trotz seiner Einwendung ver-urteilt, sagte dann über eine Zusammen-tunft mit Röhm aus. Röhm habe gesagt: „Wissen Sie schon das Neueste? Man will uns umbringen. Sie, Dumoulin-Egart und mich.“ Er habe es anfangs nicht glauben wollen, bis Röhm Einzelheiten mitteilte und erwähnte, daß Major Buch dahinter stehe. Bald darauf habe er den Schweighardt in einem Caféhaus getroffen. Auch von diesem sei er gefragt worden, ob er schon wisse, daß er umgebracht werden solle. Schweighardt habe weiter erklärt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Saubande ins Zuchthaus käme.“ Mit der Saubande sei die Reichsleitung der NSDAP gemeint gewesen. Schweighardt habe ihn dann gefragt: „Willst du deinen Mörder kennen lernen? Er wird bald hierher kommen.“ Tatsächlich sei dann Dr. Horn aus Karlsruhe in das Lokal gekommen.

Interessante Mitteilungen machte der Zeuge auch über eine andere Aussprache mit Haupt-mann Röhm. Als die Sache mit den Röhm-Briefen kam, sagte Röhm zu mir: „Sie sind ein Stümper, weil Sie nicht fertigbringen, daß diese Sache unterdrückt wird.“ Ich bin dann nach Regensburg ins Reichsbannerhaus zu Major Mayr gefahren, Mayr mußte ein-fach alles. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, Röhm zu empfangen. Am 1. April 1932 kam dann

Ein nichtsjagendes Urteil

München, 3. Oktober.

Eigener Bericht

Im Tscheta-Prozeß des Münchener Braunen Hauses wurde der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“ wegen fortgesetzter übler Nach-rede zu einer Geldstrafe von 1200 Mark und zur Tragung der Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wird behauptet, daß der Wahr-heitsbeweis in bezug auf die beiden Pri-vatkläger Schulz und Schwarz nicht erbracht wurde.

Nach den Zeugenaussagen ist das Urteil voll-kommen unbegründet, denn es läßt den Tatbestand ganz außer acht, daß nach der sachlichen Seite des ganzen Fragenkomplexes hin die beiden Pri-vatkläger nur untergeordnete Sta-tisten sind und daß vor allem die wichtigen Zeugen des Braunen Hauses selbst, Röhm und Konforten, sich vor der Vernehmung gedrückt hatten. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Prozeß in zweiter Instanz neu auf-gerollt wird.

Röhm nach Berlin und hatte in einer Privat-wohnung eine 3 1/2 stündige Unterredung mit Major Mayr. Röhm berichtete mir später, daß Mayr alles wisse, und daß es stimme, daß die Schweinehunde uns erlöben wollen. Röhm nahm die Sache sehr ernst und schimpfte wütend auf Schulz und Schwarz.

Auf Befragen über die Pläne zur Errichtung eines großen Geheimdienstes über ganz Deutsch-land erklärte der Zeuge: Ja, es war die Rede davon, daß

miffliebige Leute beseitigt werden

sollten. Daß man einen Mann um die Ecke bringt, das wird bei uns nicht so tragisch auf-gefaßt, als wenn man darüber spricht. Eine solche Einrichtung gehört mit zu unserer Organi-sation. Wir sagen, das ist Selbstschutz, Sie sagen da Mord. Aber das ist es nicht. In einem Geheimdienst gehört so etwas hinein, das ist selbstverständlich. Ich finde nichts dabei, wenn einer aus moralischen Gründen im Interesse der Partei beseitigt wird. Es handelt sich doch um den Schutz der eigenen Leute. Die Verräterei muß abgestellt werden, gleichviel mit welchen Mitteln.

Nicht weniger sensationell gestaltete sich die Aus-sage des

Zeugen Major Mayr.

Keine Informationen, so erklärte der Zeuge, stammen aus vier Quellen: aus Stuttgart, von befreundeter Seite in München, aus den Angaben Bells und endlich durch die Angaben des Hauptmanns Röhm. In meiner Eigenschaft als Hauptführer der Reichsbanner-Bundeszeitung ist mir Ende 1931 ein Arti-kel aus Stuttgart zugegangen, der von einem

Röte ins Gesicht steigen darüber, daß dies reaktionäre Regime noch das Volk schikanieren!

Hoch die Badehose!

Brachts neue Verordnung

In der Preussischen Gesetzsammlung Nr. 56 wird auf Grund des Polizeiverwaltungs-gesetzes für das Land Preußen folgende Polizeiverordnung erlassen:

Der § 1 der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932 (Gesetzsammlung S. 280) erhält folgende Fassung:

- 1. Das öffentliche Nacktbaden ist unter-sagt.
- 2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust

und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers voll-ständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt so-wie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzugs darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.

3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit an-geschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Fami-lienbädern haben Männer einen Ba-de-an-zug zu tragen.

4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen Männer und Frauen getrennt baden.

5. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten ent-sprechend für den Strandanzug der Frauen. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. No-vember 1932 in Kraft.

hose oder den modernen Badeanzug im Familienbad für unästhetisch hält! Wer kein Geld hat, um sich auf Brachts Befehl den polizeilich konzeffionierten Badeanzug zu kaufen, darf künftig gefälligst zu Hause bleiben! Noch viel härter trifft das die Ar-beitslosen.

Die deutschnationalen Muder, die diese Verordnung inspiriert haben, haben an die Arbeiter und die Arbeitslosen nicht gedacht; denn die interessieren sie nicht. Sie sind ihrem muderisch-reaktionären Drange, ihrem gemein-schaftlichen Haß gegen alles Freie und Natür-liche gefolgt — und sie haben damit zugleich eine neue Bedrückung des arbeitenden Volkes erreicht.

Das bedeutet der Zwickel! Wir sind sicher-lichen, die zunächst gelacht haben, wird die

Ein deutscher Fall Redl

Wie der „Rächer“ den Schlieffenschen Plan verrät

in der Nationalsozialistischen Partei beschäftigte. Ich hatte damals Bedenken, den Artikel so zu veröffentlichen. Er berichtete von einer Konferenz der Funktionäre der Zelle „G“ in München im Braunen Haus, an der 42 Personen teilnahmen. Hitler habe eine Ansprache gehalten, er freue sich, so sagte er, den wichtigsten Teil der Bewegung begrüßen zu dürfen. Zur Verhandlung standen am ersten Tag (14. August 1931) der Bericht des Reichsführers über seine Tätigkeit, Berichte der Zellengemeinschaft. Am zweiten Tag Vortrag über Wafen und Wirten der Zelle „G“, am dritten Tag Vortrag über gegnerisches Material, vierten Tag Vortrag über Spionageabwehr. Ich habe diesen Artikel nicht für halbrein gehalten; immerhin, die darin geschilderte Organisation machte eine Art hochbewusstlichen Eindruck auf mich, und ich und meine Freunde sind der Auffassung, daß die Trennungslinie zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten schmal ist. Ich schrieb deshalb an Herrn Bell, den ich vom Krieg her kannte und der als Vertrauter von Hitlers Stabschef mit mir wiederholt Fröhung wegen der Röhm-Briefe genommen hatte. Bei einer mündlichen Zusammenkunft bestätigte Bell im großen und ganzen alle Einzelheiten meiner Informationen über die Zelle „G“. Trohden waren meine Zweifel noch nicht zerstreut. Darauf erklärte Bell, er werde mir den besten Saugen bringen, den es in dieser Sache geben kann, nämlich Stabschef Röhm selbst. Ich war außerordentlich erstaunt. Die Veranklung, diese Ausprache zwischen Röhm und mir herbeizuführen, war natürlich in erster Linie die Affäre wegen des § 175, dann aber auch der ganze Komplex der Nordorganisaion.

Röhm kam in den nächsten Tagen in meine Privatwohnung, da ich eine Unterredung in einem Hotel abgelehnt hatte. Unsere Ausprache dauerte drei Stunden.

Zunächst bewegte sie sich in allgemeinen Redensarten. Röhm erzählte mir zuerst von seiner Zusammenkunft mit Schliecher. Ich erzählte, was mir aus Stuttgart und durch Bell mitgeteilt worden war, und jetzt sagte Röhm, das sei im großen und ganzen genau wahr, was sie in den letzten Tagen im Braunen Haus in München erlebt hätten. Er äußerte sich dann mit beleidigenden Werturteilen über Schulz, Buch, Schwarz, Buhler und andere. Das kam hochbedeutend aus dem Munde Röhm. Er sprach aus schärfster innerer Erregung heraus. Besonders scharf äußerte er sich gegen Schulz und Schwarz und betonte, daß nach seiner Auffassung hinter der ganzen Sache Schulz stehe. Und dann bat er mich, wenn ich irgendwelche weiteren Informationen über Schulz erhalten sollte, sie ihm zur Verfügung zu stellen. Ich war natürlich sehr erstaunt über die Tatsache, daß

der oberste SA-Führer ausgerechnet mich um Material gegen seine eigenen Freunde anging.

Von Schulz erklärte Röhm, er stehe auch hinter anderen Schweinereien, mit denen er gerade zu tun habe. Wir haben dann vereinbart, diese Unterredung zunächst vertraulich zu halten. Röhm betonte, er habe sich an mich als früheren Kameraden gewandt. Wir vereinbarten, er sage von der Ausprache Hitler nichts und ich wolle dem Bundesvorstand des Reichsbanners keine Mitteilung machen. Nur heute, unter dem Zwang, da ich Zeuge bin, fühle ich mich berechtigt und verpflichtet auszusagen.

Die Vertreter der Rastkämpfer, darunter Frank II, versuchten nun mit allen Mitteln diese schwerbelastenden Zeugenaussagen zu entwerten und das Ganze als marxistischen Schwindel hinzustellen. Damit hatten sie aber kein Glück, denn die Verteidiger des angeklagten Genossen Goldschagg konnten an Hand eines umfangreichen polizeilichen Aktenmaterials feststellen, daß auch andere prominente Leute aus dem Braunen Haus, so Graf Dumoulin - Eckart und sein Adjutant Graf Sprell, in freiwilligen Bekundungen bei der Polizeidirektion ihre Angst vor Nordüberfällen zu Protokoll gegeben haben.

„Besitzt die Stirn...“ Kommunistische Lügenmethode

Zum Verbot der „Roten Fahne“ schreibt die kommunistische „Welt am Abend“:

Die große demokratische Presse, die bisher noch gelegentlich ein schüchternes Wort für die Freiheit der Presse wagte, ist inzwischen so regierungstreu geworden, daß sie zu dem neuen Verbot der „Roten Fahne“ mit keinem Worte Stellung nimmt. Lediglich der „Vorwärts“ besitzt die Stirn kundzutun, daß es viel bessere Mittel gäbe, die kommunistische Partei kleinzukriegeln als Zeitungsverbote. Die Regierung möge die Bekämpfung der KPD nur den Sozialdemokraten überlassen, dann sei alles in guten Händen...

In dieser Form spiegelt sich im Zerrspiegel der kommunistischen Presse die Tatsache wider, daß selbstverständlich unter Wahrung seiner Gegnerschaft gegen die KPD, der „Vorwärts“ allein sich gegen das Verbot der „Roten Fahne“ ausgesprochen hat.

Der frühere französische Botschafter in Petersburg, Maurice Paléologue, berichtet in dem neuesten Abschnitt seiner Remoinsen über einen bis heute völlig unbekannt gebliebenen Spionagefall aus der Vorkriegszeit, der einen Parallelsfall zu der bekannten Affäre des österreichischen Obersten Redel darstellt. Es handelt sich dabei um den

Berrat des deutschen Aufmarschplans gegen Frankreich und Belgien durch einen hohen deutschen Generalstabsoffizier.

„Es war an einem Nachmittag im Jahre 1904.“ berichtet Paléologue, „als mich der damalige französische Generalstabsoffizier, General Penzeze, zu sich bat, um mit mir über das französisch-russische Bündnis zu sprechen, dessen Bedeutung damals durch den Krieg zwischen Japan und Rußland stark in den Hintergrund gerückt war. General Penzeze war der Ansicht, daß Frankreich aus diesem Grunde jeden Kontakt mit Deutschland vermeiden müsse. Im Verlaufe des Gesprächs nahm er mir das Versprechen strengster Verschwiegenheit ab und bereitete dann eine große Generalstabskarte vor mir aus, die das Gebiet von Nordostfrankreich, Belgien und das deutsche Rheinland umschloß.“

„Ich werde Ihnen jetzt den deutschen Aufmarschplan gegen Frankreich erklären,“ bemerkte er dazu.

Ich war aufs äußerste überrascht und fragte: „Woher kennen Sie diesen Plan?“ „Das werde ich Ihnen zum Schluß verraten,“ entgegnete der General.

Er führte dann weiter folgendes aus: Deutschland werde seine Deckungsarmee gegen Rußland auf sechs Armeekorps beschränken, dagegen 30 Korps nach dem Westen werfen. 26 dieser Korps seien Vinientruppen, die in 4 Armeen vormalshieren würden. 3 dieser Armeen würden gegen Mosel und Saar operieren, während die 4. Armee sich in der Gegend von Aachen zu jammeln hätte um über Lüttich, Namur, Rauberge gegen Paris vorzustoßen.

General Penzeze fügte hinzu: Ich brauche Ihnen wohl kaum zu erklären, daß wir einem solchen Ansturm nicht standhalten können. Wir werden glott überannt werden.

Zum Schluß kam er dann darauf zu sprechen, wie der französische Generalstab in den Besitz dieser Informationen gelangt sei.

„Vor kurzem“, so berichtete er, „wandte sich von

Lüttich aus ein deutscher Offizier, offenbar ein hoher General des deutschen Stabes, in einem Schreiben an uns. Er bot uns Dokumente von größter Bedeutung an. Unser Nachrichtendienst legte sich durch Hauptmann Lambling mit dem deutschen General in Verbindung.

Der Verräter lieferte uns den gesamten Operationsplan des deutschen Generalstabs aus

und machte vor allem eingehende Angaben über die deutschen Aufmarschzonen. Seine Mitteilungen wurden überprüft und es kann kein Zweifel bestehen, daß sie zutreffend sind.

Was die Persönlichkeit des Spions betrifft, so sind wir vollkommen im Unklaren; wir haben nicht einmal die Möglichkeit, mit ihm zu korrespondieren. Er hat bisher dreimal von Lüttich aus Hauptmann Lambling schriftlich zu einer Besprechung gebeten. Das erste mal fand diese Begegnung in Paris, dann in Brüssel und schließlich eine weitere Besprechung in Nizza statt. Jedermal in einem großen Lughotel. Der deutsche Spion trug bei diesen Begegnungen mit Hauptmann Lambling stets einen dicken Verband um den Kopf, als hätte er eben eine Operation hinter sich. Das einzige, was man von seinem Gesicht erkennen konnte, war der graue Schnurrbart und die durchdringenden Augen.

Gleich bei der ersten Besprechung ließ er sich von Hauptmann Lambling die Zusage geben, daß wir sein Infognito respektieren und ihn nicht durch unsere Agenten aufspüren würden. „Ich werde das Hotel nach Verlauf einer Stunde verlassen,“ erklärte er Hauptmann Lambling. „Wenn ich merke, daß Sie mich überwachen lassen, werden Sie mich niemals wiedersehen und keine weiteren Aufschlüsse von mir erhalten.“ Mehrfach erklärte er dem Hauptmann: „Ich bin mir vollkommen bewußt, wie schändlich mein Verhalten ist, aber man hat mich selbst noch viel schändlicher behandelt, und

Ich will mich rächen!“

Die drei Briefe, die er uns aus Lüttich geschrieben hat, tragen sämtlich die Unterschrift: „Der Rächer.“ Trohden hat der Spion als Preis für seine Berichte und als Spesen von uns eine Summe von 60 000 Franken gefordert. Wir haben sie anstandslos bezahlt, denn seine Aufschlüsse waren für uns von dem allerhöchsten Wert.“

Soweit die Erklärungen, die mir im Jahre

1904 General Penzeze machte. Im Dezember 1929 ließ Marshall Pétain im Kriegsministerium eine Untersuchung vornehmen, um festzustellen, inwieweit diese Enthüllungen zutreffen. Die Untersuchung ergab, daß die Geheimdokumente des Nachrichtendienstes Ende August 1914 unter dem Eindruck des deutschen Sieges bei Charleroi verbrannt worden waren. (Also offenbar im Hinblick auf die befürchtete Eroberung von Paris durch die deutschen Truppen. Red. d. „W.“) Die Dokumente, die der „Rächer“ uns ausgeliefert hat, existieren daher nicht mehr.

Aber man hat im Archiv der Operationsabteilung des Generalstabs Kartenmaterial und handschriftliche Notizen entdeckt, die von dem deutschen Verräter stammen. Ich habe diese Karten wieder erkennen können.

Man hat auch den Offizier festgestellt, der damals im 2. Büro des Generalstabs (Abteilung für Armeen des Auslandes) sich mit deutschen Angelegenheiten beschäftigte. Es ist der damalige Hauptmann Barhélemy heute Brigadegeneral im Ruhestande. Barhélemy hat damals die Angaben des Nachrichtendienstes überprüft. Der Bericht, der ihm dabei zugrunde lag, war der des „Rächers“.

In deutscher Stelle haben die Enthüllungen Paléologues sehr überraschend gewirkt. Das deutsche Auswärtige Amt hat sich zwecks Aufklärung der Vorgänge, über die Paléologue berichtet, mit dem Reichswehrministerium in Verbindung gesetzt. Es ist daher möglich, daß der Fall des „Rächers“ eines Tages doch seine volle Aufklärung finden wird.

Dazu wird noch in der Bendlerstraße erklärt, daß Nachforschungen unversüßlich eingeleitet werden sollen, und zwar gedenkt man die Erhebungen in der Weise durchzuführen, daß zunächst der Kreis der Personen ermittelt werden soll, die infolge ihrer dienstlichen Funktionen von dem Schlieffenschen Plan Kenntnis haben mußten. Weiter wird sich aus der Überprüfung der Beförderungslisten ergeben, welcher Generalstabsoffizier infolge seiner Zurücklegung Grund zur Unzufriedenheit haben konnte. Man glaubt auf diese Weise den Verdächtigen recht bald ermitteln zu können. Es fragt sich nur, ob der betreffende Offizier, von dem die Franzosen behaupten, daß er allem Anschein nach Generalsrang innehatte, noch unter den Lebenden weilt.

Was wird geplant?

Schlichterkonferenz im Reichsarbeitsministerium

Die Telegraphen-Union teilt mit: Die Schlichter der einzelnen Bezirke werden am Dienstag in einer im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Konferenz über ihre Erfahrungen hinsichtlich der Auswirkungen der letzten Notverordnung auf die Arbeitsfreilichkeiten Bericht erstatten. Das Ergebnis dieser Konferenz dürfte auf die weiteren Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums nicht ohne Einfluß bleiben.

Drei Pfeile

als internationales Kampfsymbol

Am Sonntag tagten in Berlin unter dem Vorsitz Bruno Kainins (Vestland) die Vertreter der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus. Es nahmen daran teil für Belgien: Vandervoelen und Vandermiffen; für Deutschland: Härtelmann und Ferl; für Österreich: Löw und Eiffer; für die Tschechoslowakei (Auffig): Ullmann.

Bertraten war auch der IGB durch Stolz und die Arbeiterportinternationale durch Willburg und Bühnen.

Die Konferenz nahm die Berichte der Ländervertreter über die Lage in ihren Ländern zur Kenntnis. Die Delegierten tauschten die Erfahrungen aus, die die Abwehrorganisationen im Kampfe gegen den Faschismus gemacht hatten. Die Konferenz sah ihre Ansicht über die Lage und die fernere Tätigkeit in einer Entschließung zusammen und beschloß, das Dreipfeil-Symbol als internationales Kampfsymbol gegen den Faschismus sowie den Freiheitsgruß allgemein einzuführen.

Dr. Solf 70 Jahre alt. Der ehemalige Staatssekretär für die Kolonien, Staatssekretär des Auswärtigen im Kabinett Prinz Max und spätere Botschafter in Japan, Dr. Solf, begeht am 5. Oktober seinen 70. Geburtstag

Ein Schlag nach dem andern!

Polen mit Neunzehntelmehrheit wiedergewählt

Genf, 3. Oktober.

Eigener Bericht

Nach Abschluß der Generaldebatte über den Jahresbericht hat die Völkerbunds-Vollversammlung am Montagnachmittag die Nachfolger der drei auscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder Polen, Jugoslawien und Peru gewählt. Von 52 abgegebenen Stimmen erhielten Polen 48, Mexiko 46 und die Tschechoslowakei 46. Noch nie seit Bestehen des Völkerbundes hatte Polen soviel Stimmen auf sich vereinigt, welcher Umstand auf die außerordentliche „Beliebtheit“ der jetzigen Reichsregierung zurückgeführt werden muß.

Der Völkerbund trat sofort nach der Wahl zu seiner neuen Tagung zusammen und hielt die Maßnahmen der neutralen Mächte zur Vermittlung im Streit zwischen Bolivien und Paraguay gut. In geheimer Sitzung wurden die beiden wichtigen Fragen der Erziehung für den verstorbenen hohen Kommissar in Danzig und der Festsetzung des Zeitpunktes für die Wahl des Nachfolgers des zurückgetretenen Generalsekretärs verschoben. Der Nachfolger des Grafen Gravina in Danzig dürfte voraussichtlich ein Engländer sein.

Die diplomatischen Niederlagen Deutschlands häufen sich jetzt mit einer geradezu beängstigenden Schnelligkeit. Die an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit, die Polen für seine Wiederwählbarkeit erzielt hat, zeigt aufs neue die geradezu katastrophale Isolierung, in der sich Deutschland neuerdings in der Welt befindet. Dabei ist dieses Vertrauensvotum, das Polen in Genf erzielt hat, durchaus unverdient. Noch vor eineinhalb Jahren galt Polen als der Störenfried Europas, der sich mit keinem seiner Nachbarn vertragen konnte und die ihm anvertrauten nationalen Minderheiten auf das schändlichste drangsalierte. In den damaligen Ratsverhandlungen konnte Dr. Curtius als deutscher Vertreter im Rat als Anführer auftreten, und die moralische Lage Polens war alles eher denn beneidenswert. Und heute? Man sage nicht, daß an diesem Stim-

mungswechsel nur die anderen schuld seien und daß sich wieder einmal erweise, daß eben der ganze Völkerbund ein machtpolitisches Instrument Frankreichs geworden sei. Von den 57 Völkerbundsstaaten gehören keine zehn zu der unmittelbaren politischen Einflusphäre Frankreichs. Es sind darin, abgesehen von den zahlreichen lateinamerikanischen Staaten, zahlreiche europäische Neutrals, die ihre Unabhängigkeit durchaus gewahrt haben. Gerade diese Neutrals haben Deutschlands Eintritt in den Völkerbund herbeigesehnt und bejubelt, und sie waren lange Zeit geneigt, Deutschlands Standpunkt in den großen politischen Fragen, einschließlich des Abrüstungsproblems, weitgehend zu unterstützen.

Anstatt mit ihnen zusammenzugehen, hat die Wilhelmstraße es vorgezogen, „Großmachtpolitik“ zu treiben, zunächst mit den anderen Hauptmächten und neuerdings gegen sie.

Hinzu kommt noch das törichte Vorgehen auf handelspolitischem Gebiet, mit dem im Sinne der landwirtschaftlichen Autarkieanhänger unsere besten Auslandskunden vor den Kopf gestoßen werden — und das sind nicht zuletzt die Neutrals. Sogar das vielgepriesene Italien Mussolinis hat jetzt Deutschland deutlich zu verstehen gegeben, daß seine freundschaftlichen Gefühle eine Grenze dort finden, wo seine eigenen Interessen auf dem Spiele stehen.

Die gestrige Wahl, die in geheimer Abstimmung erfolgte, ist ein Signal. Wird es verstanden werden? Wir glauben es nicht! Diese Regierung, die selbstherrlich ohne parlamentarische Kontrolle handelt, verkündet immer wieder, daß sie ihren Weg unbetrt weitergehen werde. Sie wird darin bestärkt durch eine bürgerlich-nationalistische Presse, die nichts gelernt und nichts vergessen hat: „Viel Feind, viel Ehr“ — dieses blöde Schlagwort von Anno 1914 ist erst nach 4 1/2-jährigen furchtbaren, aber vergeblichen Opfern in seiner Sinnlosigkeit entlarvt worden.

Welche neuen Katastrophen soll der deutsche Nationalismus heraufbeschwören, bis das deutsche Volk endlich einsieht, daß man Außenpolitik nicht mit, sondern nur gegen den Nationalismus machen darf?

Der Unterrichts-ausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Montag mit drei nationalsozialistischen Anträgen, die schon Anfang Juni eingebracht wurden und in denen verlangt wird, die Ueberwachungsausschüsse und Kulturbeiräte bei den deutschen Sendern wegen erwiesener Unzulänglichkeit und parteiischer Einstellung neu zu besetzen, den Reichsrundfunkkommissionar abzubauen und die beim Rundfunk beschäftigten arisfremden und ausländischen Kräfte sofort abzubauen und durch „deutschstämmige“ Künstler und Geistesarbeiter zu ersetzen.

Nach einer sehr dürftigen Begründung durch den Abg. Dr. Haupt (Natf.) erhielt das Wort Abg. Meier, Berlin, (Soz.), der zunächst zu den Anträgen selbst Stellung nahm, die zum größten Teil nur noch antiquarischen Wert hätten. Selbstverständlich würden die Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen auch gegen den Antrag stimmen, arisfremde, d. h. jüdische Kräfte, und Ausländer sofort abzubauen.

Entscheidend könne immer nur die Qualität der Darbietungen sein.

Die Sozialdemokraten würden es niemals zulassen, die Juden als Staatsbürger zweiter Klasse abzustempeln. Außerdem werde eine Entlassung etwa beschäftigter ausländischer Künstler ganz sicher Repressalien für unsere im Ausland beschäftigten deutschen Künstler nach sich ziehen.

Bei dieser Gelegenheit nahm der sozialdemokratische Redner den „verscholzten“ Rundfunk kritisch unter die Lupe. Auch als Ministerpräsident habe Dr. Scholz unter Severing alle Angriffe der Nationalsozialisten auf Rundfunk und Staat tatkräftig abgewehrt. Er war es, der auch noch unter Brüning dessen große Rede im Reichstag im Rundfunk wiederholen ließ, die so scharf mit den Nationalsozialisten und dem Balken Rosenbergs abrechnete; derselbe Scholz wechselte nach dem Sturz Brünings von den Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten über und trat aus der Hitler-Partei wieder aus, als diese von der Papen-Regierung in die Defensive gedrängt wurde.

Diese politische Wandlungsfähigkeit konnte ihn nur im System der „grundständlichen Staatsführung“ zum Diktator des deutschen Rundfunks machen.

Seine politische „Charakterfestigkeit“ sei beinahe sprichwörtlich geworden. Es sei ein grausamer aber treffender Scherz, wenn ein Spahvogel behauptete, daß künftig die jeweilige politische Einstellung des neuen Rundfunkkommissionars bei den Tagesnachrichten im Rundfunk bekanntgegeben werde.

Die nationalsozialistischen Anträge, so erklärte der sozialdemokratische Redner weiter, gingen von der geistlich verbreiteten und genährten demagogischen Unterstellung aus, daß vor der Neuorientierung die Hörerschaft durch den „roten Rundfunk“ volkszerstörend beeinflusst worden sei. In Hand von Zahlen konnte er unwiderprochen nachweisen, daß schon damals Beiträge von sozialdemokratischen Referenten in so verschwindender Anzahl gehalten wurden, daß man von Objektivität kaum reden konnte.

Jetzt kommt die organisierte Arbeiterschaft überhaupt nicht mehr zu Wort, und insofern seien die Forderungen der Nationalsozialisten wohl restlos erfüllt.

Donach sieht das „Kulturniveau“ des neuorientierten Rundfunks auch aus! In dem Bestreben, auch die Ketzerwellen zu nationalisieren, hätten die Programme eine Ausgestaltung erfahren, die jeder Beschreibung spottet. Kein Wunder, daß sich jetzt auch ausgesprochene Rechtsblätter mit Schandern von der Kultur der Militärmärche abwendend und von einer Tristofügigkeit dieses Zwischenstadiums sprachen. Auch sie müssen feststellen, daß sich das Durchschnittsniveau der Darbietungen noch Qualität, Vielseitigkeit und Publikumswirksamkeit recht bedenklich geändert habe. Die Schuld daran trage die „neue Personalpolitik“, die uns u. a. auch den mehr beachteten als berühmten Schriftsteller Arnold Bronner in einer leitenden Stellung beschert hat.

Die Charakteristik des Nationalsozialisten Bronner war nicht schmeichelhaft.

Nach von ihm unwiderprochenen Zeitungsmeldungen hat er zunächst seinen jüdischen Vater Bronner in Wien als Empfehlung demütigt, um seine Schriften unterzubringen. Er hat ihn später zu verleugnen versucht, indem er mitteilen ließ, daß er in Wirklichkeit als Kind seiner inzwischen verstorbenen Mutter von einem germanischen Vater gezeugt sei. Dieser Mann, der also seine tote Mutter beschmüht, wurde vor einigen Wochen

von der Zentrums-Pressen als ein Schriftsteller dargestellt, dessen Werke geradezu ein Katalog der Sexualpathologie sind. Einem solchen Urteil brauche man nichts hinzuzufügen, aber man brauche sich nicht zu wundern, wenn die Hörerschaft aus den arbeitenden Schichten Programme ablehnt, die von solchen Erneuerern geistig beeinflusst sind! Wenn es so weiter geht, werde es nicht beim bloßen Protestieren bleiben.

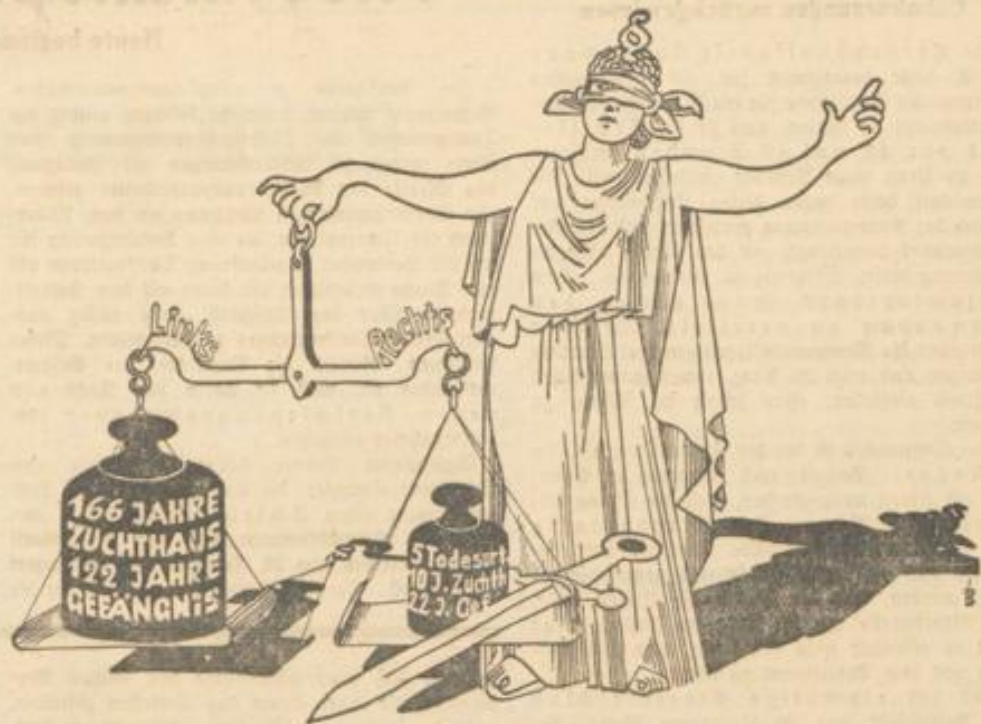
Wenn im zweiten Vierteljahr bereits 50 000 Hörer den Rundfunk abbestellt haben, so sei das nicht allein auf die Not zurückzuführen,

es sei zum großen Teil aus Protest gegen die Einstellung des Rundfunks geschehen, der sich erst kürzlich in einem Prozeß mit anerkannter Öffentlichkeit als politischer Tendenzbetrieb bezeichnet habe.

Abg. Dr. Kauscher (Z.) bezeichnete zwar ebenfalls die ersten Anträge der Nationalsozialisten als überholt, meinte aber, daß man sehr wohl von einem Ueberwachen des jüdischen Einflusses beim Rundfunk sprechen könnte. Er brachte einen Abänderungsantrag ein, in dem gefordert wird, daß die Kräfte des Rundfunks stärker als bisher in den Dienst christlicher und deutscher Kultur gestellt werden.

Abg. Dr. Löpeltmann (Natf.) rückte offen von Bronner ab, quittierte aber mit Dank die antisemitische Annäherung des Zentrums an die Nationalsozialisten. Von den 2069 Angestellten des deutschen Rundfunks seien nur 1 1/2 Proz. Ausländer, die größtenteils in Orchestern als Solisten tätig sind. Er müsse vor einer restlosen Ausmerzung dieser Ausländer warnen, weil zweifellos im Ausland eine viel größere Anzahl deutscher Künstler beschäftigt sind, als ausländische Künstler sich in Deutschland in Stellung befinden. Im Reichsrat werden die hauptamtlichen Vertreter Preußens, unterstützt von Sachbearbeitern, an der Feststellung der neuen Richtlinien mitwirken.

Und das Ergebnis der Debatte? Sämtliche Anträge der Nationalsozialisten und der Antrag des Zentrums wurden abgelehnt!



„Kritik? — Nichts zu machen! Meine Waage ist im Gleichgewicht!“

Labours Parteitag

Bekennnis zum Sozialismus

London, 3. Oktober.

Eigener Bericht

Die 32. Konferenz der Labour-Party in Leicester, die am Montag eröffnet wurde, wird, nachdem man über den Schrecken der Wahlniederlage vor zwölf Monaten hinweggekommen ist, das sozialistische Gedankengut der Partei scharfer herausarbeiten, als dies während der letzten Regierungsperiode sichtbar war. Der Grundton der Reden ist, daß keine schwachen und unentschlossenen Regierungen

wie 1929/30 mehr gebildet werden dürfen. Die von-der-Hand-in-den-Mund-Politik, mit der die letzte Regierung dem Sozialismus näherzukommen hoffte, hat sich als Mißerfolg erwiesen und die Aufgabe dieses wie des nächsten Parteitages ist es, Stufe für Stufe eine praktische, zur Ueberführung in die Wirklichkeit bereits sozialistische Politik zu entwerfen.

Die Konferenz wurde von Nathan eröffnet. Er bezeichnete es als die Aufgabe des Sozialismus, Ordnung aus dem Chaos zu schaffen. Er sprach sein Bedauern über den Abfall der Unabhängigen Labour-Party aus, äußerte sich aber mit großer Zuversicht über die Zukunft der Partei, die sich seit einem Jahre wieder erheblich gekräftigt habe. Die sogenannte Nationalregierung wurde wegen ihrer phantastischen und schädlichen Sparpolitik heftig angegriffen. Es entspann sich eine lebhaft Diskussion darüber, was geschehen solle, wenn der König einen Labour-Premier mit der Regierungsbildung beauftragt, ohne daß eine absolute Labour-Mehrheit im Parlament vorhanden sei.

Die Stelle der Unabhängigen Labour-Party als Propagandaorganisation innerhalb der Labour-Party nimmt jetzt die am Sonntag gegründete Sozialistische Liga ein, in der sich die nicht mit dem Austritt einverstanden Mitglieder der Unabhängigen Labour-Party zusammengeschlossen haben, mit der vor einem Jahr entstandenen Gesellschaft für sozialistische Forschung und Propaganda.

Scholz in Urlaub

Der Herr Kommissar bleibt uns erhalten

Die über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Rundfunkkommissionars Scholz verbreiteten Gerüchte werden amtlich als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Der Rundfunkkommissionar Scholz tritt nur für wenige Tage einen Erholungsurlaub an und bleibt den Hörern erhalten.

Die Richtlinien für den Rundfunk sind in Ausarbeitung begriffen und werden Mitte Oktober dem Reichsratsausschuß vorgelegt werden. Von besonderen bayerischen Reservatrechten soll dabei nicht die Rede sein.

Klagges-Goldaten

Braunschweig, 3. Oktober.

Der Stahlhelm veranstaltete heute abend einen Fackelzug zu Ehren Hindenburgs durch die Stadt. Nationalsozialistische Herden, die zunächst neben dem Zug herliefen und die Stahlhelmer als „Papenoldaten ufm.“ beschimpften, fielen schließlich über die Stahlhelmer her. Nur mit Mühe konnten die mit blanker Waffe vorgehenden Polizisten die Stahlhelmer vor den Nazisoldaten schützen. Es gab eine große Zahl Verletzte und zahlreiche Festnahmen. Auch wurde von Nazisoldaten geschossen.

Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgewerbes sind die am Montag geführten Verhandlungen ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

Hilfe für Kinderreiche!

Eine Anfrage und eine Antwort

Der „Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie“ hat an die Leitungen aller Parteien ein Schreiben gerichtet, worin mit Recht über die schlimme Lage der kinderreichen Familien geklagt wird. Der Reichsbund sagt:

„Obwohl diese Familien durch den Unterhalt, die Erziehung und Ausbildung des für die Bestandserhaltung von Volk und Staat unentbehrlichen Nachwuchses große Opfer im Interesse des Volksganzen bringen, hat man bei den gesetzgeberischen Maßnahmen auf die ungeheure Vorbelastung dieser wirtschaftlich ohnehin schon schwachen Volksschicht keine, oder doch nur ungenügende Rücksicht genommen.“

Die Parteien werden nun angefragt, ob sie bereit seien, „sich für eine zielbewusste Familienpolitik zur Wiederaufrichtung und Gelung der deutschen Familie einzusetzen“. Der Reichsbund will die eingegangenen Antworten im Hinblick auf die Reichstagswahl am 6. November zur Kenntnis seiner Mitglieder bringen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die diese Anfrage beantwortet hat, konnte darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratische Partei keine neuen Wahlversprechungen zu machen braucht. Die ganze Arbeit der Sozialdemokratie gilt dem Schutze der minderbemittelten und hilfbedürftigen Bevölkerung und darum ist auch die Vertretung der Interessen der kinderreichen Familien eingeschlossen. Schon in der Reichsverfassung, an deren Schöpfung die Sozialdemokratie maßgebend beteiligt war, ist ausdrücklich bestimmt, daß kinderreiche Familien Anspruch auf ausreichende Fürsorge haben und daß dafür gesorgt werden müsse, daß allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftshilfe gesichert wird. Solange die Sozialdemokratische Partei ihren Einfluß auf die Regierung ausüben konnte, ist diesen Bestimmungen Rechnung getragen worden.

Es wurden Kinderzulagen bei Löhnen und Gehältern, bei Unterstufungen und Renten geschaffen, bei der Vergebung von Heimstätten wurden kinderreiche Familien vornehmlich be-

rücksichtigt, bei den Steuerleistungen sind entsprechende Vergünstigungen gewährt worden. Erst seitdem die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschaltet ist und sich die Gesetzgebung im wesentlichen in Form der Notverordnungen vollzieht, hat man diese Rücksichten fallen lassen.

Die bürgerlichen Parteien, die nicht oft genug über die Heiligkeit der Ehe und der Familie reden können, tun nichts, um die kinderreichen Familien vor völliger Verelendung zu schützen. Sie überlassen es der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, gegen die familien- und kinderfeindlichen Maßnahmen der Regierung der Freiherren zu kämpfen. Sicher werden die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf wieder die schönsten Versprechungen machen, nach dem 6. November wird man aber nichts von ihren wirklichen Taten für die kinderreichen Familien hören.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brauchte nicht darauf zu warten, bis die an sich gerechtfertigte Anfrage des Reichsbundes an die Parteileitung kam. Auch in den von ihr zum Umbau der Wirtschaft und Erhaltung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung im Reichstag eingebrachten Gesetzentwürfen wird selbstverständlich der kinderreichen Familien gedacht. Das kommt insbesondere zum Ausdruck in den sozialdemokratischen Forderungen auf Wiedererhöhung der Sozialleistungen, Gewährung einer Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung, Mietbeihilfen für bedürftige Mieter in Altmwohnungen, Mietenkung für Neubauwohnungen, vor allem für Kinderreiche, Betreibung der Kleinhausbesitzer von der Zahlung der Hauszinssteuer, Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, Schaffung eines Reichsstädtebaugesetzes, Entlastung notleidender Schuldner.

Wenn also die Väter und Mütter, die eine große Kinderchar ihr eigen nennen, bessere Verhältnisse für sich und ihre Familien herbeiführen wollen, so müssen sie dafür sorgen, daß am 6. November die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten so erhöht wird, daß sie im neuen Reichstag ihre Forderungen durchsetzen können!

CREME MOUSON

begnügt sich nicht damit, die Hautoberfläche einzufetten, sondern sie dringt bis in die untersten Gewebe der Haut ein, sie erneuernd und aufbauend.

Guter Rat für Selbst-Rasierer!
Zwei Minuten vor dem Rasieren mit Creme Mouson einreiben!
Wirkung unbeschreiblich!

Stärkung der Selbstverwaltung

Die Kommunalreform in Berlin — Von Stadtrat Dr. Heuer

Im Berliner Stadtparlament steht heute das Magistratsprogramm zur Umgestaltung Berlins zur Beratung. Die umfangreiche Vorlage wird voraussichtlich einem Ausschuss überwiesen werden, um genauer Durchprüfung unterzogen werden zu können. Nachstehend zeigt Stadtrat Dr. Heuer als Mitbegründer des Reformwerkes die Ziele des Magistratsentwurfes auf.

Die Beschlüsse des Berliner Magistrats über die Verminderung der Zahl der Bezirke von 20 auf 9 und die Aenderung der Bezirksverfassung haben einen starken Widerhall in der öffentlichen Meinung Berlins gefunden. Sinn der heutigen Ausführungen soll nicht sein, auf die vielen einzelnen umstrittenen Fragen einzugehen, die im Laufe der nächsten Wochen noch Gegenstand der Beratungen im Berliner Rathaus sein werden, sondern die Gründe darzustellen, die für eine Neugestaltung auf dem Gebiet der Bezirksverwaltung sprechen.

Wäre die in Aussicht genommene Reform eine Beendigung oder auch nur eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, hätte sie eine Bürokratisierung und eine Ausschaltung der gewählten Vertreter der Bevölkerung im Auge, so würden diese kommunalpolitischen Nachteile sicher nicht durch etwaige Vorteile in der reinen Verwaltungsarbeit ausgeglichen werden können. Es liegt aber gerade die Heilung darin, für die Arbeit der Bezirke die geeignetste Form der Selbstverwaltung zu finden. Die beiden Grundzüge, die Wahl der leitenden Beamten durch die gewählten Vertreter der Bevölkerung, sowie auch die unmittelbare Mitwirkung dieser gewählten Vertreter an der Führung der kommunalen Geschäfte wird jedoch durch die Neuordnung nicht nur nicht beseitigt, sondern gegenüber dem heutigen Rechtszustand gefördert.

Jede kritische Beurteilung der heutigen Rechtslage und der gemachten Reformvorschlüge muß ausgehen von der Tatsache, daß die Berliner Bezirke keine selbständigen Städte sind und sein können. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Finanz-, Steuer- und Verkehrsverwaltung sowie die sich daraus zwangsweise ergebende einheitliche Führung der Kommunalpolitik in allen die ganze Stadt angehenden wichtigen Angelegenheiten vereinigt in den städtischen Körperschaften und der Verwaltung der Stadtgemeinde (Stadtverordnetenversammlung, Oberbürgermeister, Magistrat) den Schwerpunkt kommunalpolitischer Tätigkeit.

Die Aufgabe der Bezirksräte

Der Gedanke der Selbstverwaltung im Sinne der Mitwirkung von Nichtberufsbeamten war bislang im wesentlichen durch die unbesoldeten Stadträte im Bezirksamt gewährleistet. Hier sieht die Novelle eine von manchen zu Unrecht als Politifizierung der Verwaltung bekämpfte stärkere Heranziehung des sogenannten Laienelementes vor. Zukünftig soll an Stelle des Zweikörperschaftensystems, das der Magistratsverfassung nachgebildet ist, nämlich Bezirksamt und Bezirksversammlung, das Einkörperschaftensystem, repräsentiert durch das Bezirksamt, treten. 24 oder 30 von der Bevölkerung des Bezirks gewählte „Bezirksräte“ werden mit dem Bürgermeister das neue Bezirksamt bilden, das sowohl Beschluß- wie Verwaltungsorgan ist. Dieses Gremium wird also über alle die Angelegenheiten Entscheidung zu treffen haben, die bisher der Bezirksversammlung zur Beschlußfassung zustanden, aber darüber hinaus auch über alle Verwaltungsaufgaben, die nicht als Gegen-

stand der laufenden Verwaltung von dem Bürgermeister allein verantwortlich zu erledigen sind. Bei Übernahme der in Süddeutschland schon bestehenden Einkörperschaftsverfassung, dort Stadtratsverfassung genannt, ist naturgemäß kein Platz mehr für danebenstehende unbesoldete Stadträte. Auch die besoldeten Stadträte, die genau wie heute auf 12 Jahre zu wählen sind, haben nicht mehr Sitz und Stimme im Plenum des Bezirksamts, sondern nur in Vertretung des Bürgermeisters in den vom Bezirksamt zu bildenden Verwaltungsausschüssen. Diese im Verfassungsentwurf vorgesehenen Ausschüsse sollen im Interesse einer schleunigen und reibungslosen Verwaltung für Entscheidungen durch gut unterrichtete Mitglieder des Bezirksamts in kürzester Frist Sorge tragen. Ein selbstverständlicher Einfluß demokratischer Selbstverwaltung liegt ferner in dem Recht des Bezirksamts, die leitenden Beamten und Angestellten auf Vorschlag des Bürgermeisters zu wählen.

Beschlüsse der städtischen Körperschaften über eine Aenderung der Bezirksverfassung können naturgemäß die geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht abändern. Solche Beschlüsse sind aber als Neuerung der berufenen Vertreter der Berliner Bevölkerung für eine gesetzliche Neuregelung von größter Bedeutung.

Warum neun Bezirke?

Mit der Reform der Bezirksverfassung in sachlichem Zusammenhang steht die Frage der Neugliederung der Bezirke. Auch hier ist es notwendig, wieder von dem Aufgabengebiet der Bezirksverwaltung auszugehen. Je stärker die allgemeinen Verwaltungsaufgaben von den

Bezirken getragen werden, um so notwendiger ist eine spezialisierte großstädtische Verwaltung in diesen Bezirken.

Die in diesem Frühjahr durch Beschluß der städtischen Körperschaften in Kraft getretene Regelung der Abgrenzung der Zuständigkeit der Zentralverwaltung und der Verwaltungen der Bezirke hat naturgemäß zu einer Nachprüfung der Zweckmäßigkeit der räumlichen Abgrenzung dieser Bezirke Veranlassung gegeben. Da die Verwaltung des Schulwesens, der öffentlichen Gesundheit, des Hochbaus und des Tiefbaus, der Steuern und der Wohlfahrts- und Jugendpflege u. a. m. im einzelnen Aufgabe der Bezirksverwaltungen ist, braucht die Stadt Berlin in jedem Bezirk einen großstädtischen Verwaltungsapparat. Jede Bezirkseinteilung, die diesen grundsätzlichen Erfordernissen nicht Rechnung trägt, erschwert die laudere Trennung der Arbeit und der Aufgaben zwischen der Zentrale und den Bezirken, vermehrt damit die Reibungen innerhalb des naturgemäß großen Verwaltungsapparates der gesamten Stadt und schädigt damit die Interessen der Einwohner, denen dieser Apparat zu dienen hat.

Nach dem Magistratsbeschluß ist die Zusammenfassung dreier Innenbezirke (Mitte, Kreuzberg und Tiergarten) zu einem neuen Innenbezirk vorgesehen. Dieser Innenbezirk umfaßt die City, hat eine außerordentlich hohe Einwohnerzahl, ist aber andererseits auf manchen kommunalen Arbeitsgebieten stark entlastet, da er naturgemäß keinerlei Siedlungselände mehr zu erschließen hat. In diesen Bezirk der alten City gliedert sich nach dem Entwurf ein zweiter, erst in neuerer Zeit ausgebauter Bezirk Schöneberg-Wilmersdorf

Deffnet die Wärmehallen!

Schützt die Frierenden. — Die Stadt muß schnell handeln

Mit dem Einbruch des Herbstes und der zunehmenden Verschlechterung der Wetterverhältnisse beginnt für alle Wohnungs- und Obdachlosen eine bittere Zeit. Die im warmen Sommer mögliche Zuflucht in Parks und schattenden Wäldern wird jetzt durch Nebel und kalten, pfeifenden Wind unterbunden. Besonders in der Großstadt wird das Umherirren in nassen, unfreundlichen Straßen zur Qual. Ein schlimmer Krisenwinter steht vor den Toren. Schafft deshalb mehr und bessere Gelegenheit, allen frierenden und heimlosen Menschen eine Stätte zu bieten, an der sie wenigstens am Tage eine warme Stube finden.

Die Stadt Berlin wird in diesem Jahre durch die einzelnen Bezirksamter wieder dieselben Einrichtungen treffen wie im vergangenen Winter. Besonders für Kentner und alte Leute sollen solche Räume geschaffen werden, wo sie ungestört warm und geborgen wenigstens ein paar Stunden des Tages verbringen können.

Im letzten Jahre gab es in Groß-Berlin etwa 60 Wärmehallen, darunter in den Arbeiterquartieren besonders große, wie in der Adlerstraße, wo 1200 Menschen Unterkunft fanden. Noch im Laufe dieses Monats, vor Beginn der ausgeprägten kalten Jahreszeit, müssen die einzelnen Stadtbezirke mit den Vorbereitungen zur Deffnung fertig sein und eine genaue Liste der einzelnen Wärmehallen und -stuben herausgeben. Es ist zu wünschen, daß in Erwartung der besonderen Woh-

nungsnot dieses Winters noch neue, zusätzliche Hilfsmassnahmen ergriffen werden, um alle Frierenden von der Straße wegzuholen.

Dieser Aufgabe dienen in besonderem Maße noch die Selbsthilfeeinrichtungen für Erwerbslose. Nach dem Frankfurter Muster sollen neben der Schaffung von Gemeinschaftsküchen in den einzelnen Wohnvierteln auch noch Tagesheime geschaffen werden, wie seit dem vorigen Winter ein solches schon in der Frankfurter Allee besteht. Gerade hier kann durch nachbarlich-freundschaftliche Hilfe eine menschliche Verbundenheit zwischen allen Notleidenden erreicht werden, die es ermöglicht, neben der warmen Stube auch Weiterbildung und Unterhaltung zu bieten. Für jugendliche Erwerbslose können dadurch Zusammenkünfte in freundlicher Umgebung geschaffen werden, wo die jungen Menschen sich in geistiger und sportlicher Hinsicht weiterbilden können.

Deshalb sei hier nochmals auf die „Rotgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose“ aufmerksam gemacht und an alle die Bitte gerichtet, nicht nur mit Geld, sondern auch mit Rat und Tat dieser Organisation zu helfen. Die Geschäftsstellen befinden sich: Berlin W. 8, Wühlmstr. 46, Tel. Jäger 1042; Berlin D. 34, Thoenstr. 31, Tel. Alexander 1826. Zahlungen werden auf das Postfachkonto Berlin 152 242, Rotgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose e. V., Berlin W. 8, Taubenstr. 46, erbeten.

an, dessen bauliche Entwicklung ebenfalls im wesentlichen abgeschlossen ist. Im übrigen liegen neben den großen Bezirken um den Kern herum, die von der Innenstadt ausgehend, im Anschluß an die wichtigsten Verkehrsachsen und Ausfallstraßen die Auhengebiete der Stadt weiter zu erschließen haben. Hier ist darauf geachtet, daß jedem dieser Großstadtdistrikte für eine weiter bauliche Entwicklung der Stadt nach allen Seiten Siedlungselände zur Verfügung steht, so daß wenigstens verwaltungsorganisatorisch die Voraussetzung einer an vielen Stellen erwünschten Auflockerung der Innengebiete gegeben ist. Eine Ausnahmestellung nimmt der neu vorgesehene Bezirk Köpenick-Treptow (ohne den früheren Ortsteil Treptow) ein. Hier handelt es sich um einen ausgesprochenen Rand- und Siedlungsbezirk, der sich in starker Entwicklung befindet.

Ersparnis durch Vereinfachung

Nicht überschätzt werden soll die Frage der unmittelbaren Ersparnis durch die Vereinfachung der Verwaltung, wenn sie auch auf die heute nicht gleichgültige Summe von 2 Millionen Mark jährlich geschätzt werden darf. Bismehr dürfte entscheidend sein — wie auch bei der Frage

Autoraferei!

Mutter mit zwei Kindern überfahren

Vor dem Hause Chausseestraße 77, unweit des Weddingplatzes, ereignete sich gestern Abend ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem drei Personen überfahren wurden.

Um 18.40 Uhr wollte die 34 Jahre alte Frau Anna Wille aus der Reuen Hochstraße 35 mit ihren beiden kleinen Kindern, der fünfjährigen Anneliese und der dreijährigen Hannelore den Fahrdamm überschreiten. In diesem Augenblick kam in übermäßig schneller Fahrt ein Privatauto heran. Frau W. versuchte noch die beiden Kinder zurückzureißen, es war aber bereits zu spät. Alle drei wurden von dem Auto erfaßt und ein Stück mitgerissen. Die Verunglückten wurden zur Rettungsstelle 16 gebracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. Die fünfjährige Anneliese mußte mit schweren inneren und Kopfverletzungen ins Krankenhaus nach der Reinickendorfer Straße gebracht werden. Der Herrenfahrer ist von der Polizei festgenommen worden. Er soll das Unglück durch Trunkenheit verschuldet haben.

Ein zweites schweres Autounglück ereignete sich am Kilometerstein 15,5 auf dem Adersgestell in Grünau. Dort prallte der 32jährige Dr. Hans L. mit seinem Auto gegen einen Chausseebaum. Der Bogen wurde zertrümmert. L. und seine Frau wurde mit schweren Verletzungen ins Köpenicker Krankenhaus übergeführt.

der Verfassung —, die Angleichung der rechtlichen Regelung an die tatsächlich vorgegangene kommunalwirtschaftliche Entwicklung. Welches Schicksal die Beschlüsse des Magistrats — an deren Vorbereitung bekanntlich in der Zentralverwaltung seit Monaten und nicht erst seit dem Erlassen des Reichstagskommissars für Preußen gearbeitet worden ist — haben werden, ist heute noch in keiner Richtung zu übersehen. Wünschenswert ist nur, daß eine Lösung gefunden werden möge, die dem Charakter der Stadt Berlin und ihren Aufgaben entspricht und die zur Stärkung der Selbstverwaltung beiträgt. Gerade die heutige Zeit hat die Aufgabe, in praktischer Arbeit den Nachweis zu führen, daß die Einwohnerchaft der Reichshauptstadt auch unter schwierigsten Verhältnissen in der Lage ist, durch Selbstverwaltung das Schicksal dieser Stadt zu meistern.

Von früh bis spät hat Juno

infolge ihrer einzigartigen Tabakmischung

die dankbare Aufgabe, dem Raucher zu allen Tageszeiten Genuß und Anregung zu spenden.

Jeder Kenner wird verstehen, daß die hohe Qualität der

JUNO

den Verzicht auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bedingt.

Die gute Juno zu jeder Stunde in Raucher Munde!



morgens das erste

abends das letzte

Nicht vergessen!

Zehn Millionen Tote!

Die Sozialistische Arbeiterjugend Preussischer Berg veranstaltete im „Glycium“ eine Werbekundgebung, die schon vor Beginn überfüllt war und großen, verdienten Beifall fand. Gute Chorgesänge und der Ruffenfilm „Der Weg ins Leben“ wurden geboten. Das Beste war aber doch das Auftreten der „Roten Rote“, einer Spieltruppe der S.A., die sich wirklich sehen lassen kann, weil sie über starke propagandistische Wirkungsmöglichkeiten verfügt.

Die jungen Menschen brachten einige Antikriegsliedchen, die das Publikum so packten, daß es am Schluß einige Sekunden ergriffen schwieg, ehe der Beifall einsetzte. Die „Rote Rote“ verlas einen Teil der deutschen Rote an Frankreich, die die Gleichheit für die Aufrüstung proklamiert, und die Antwort der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die Gleichheit in der Abrüstung verlangt. Sie zeigte: Zehn Millionen Tote im Weltkrieg, das ist die kapitalistische „Zivilisation“! Zehn Millionen Tote! Aneinandergereiht ergeben sie eine Strecke von 16.000 Kilometern; das bedeutet, man könnte die deutschen Grenzen ringsherum durch Leichen ziehen! Zehn Millionen Tote! Güterwagen mit ihren blutigen Köpfen gefüllt ergäbe einen Güterzug von Berlin bis München! Zehn Millionen Tote! Für wen! Für den Kapitalismus! Gibt es eine furchtbarere Anklage gegen dieses System?

Tod durch Giftsalz?

Gefährliches „Gesundheitssalz“

Gegen einen Händler aus dem Norden Berlins, der eine Art Gesundheitsalz verkauft, ist gestern bei der Neuköllner Kriminalpolizei Anzeige erstattet worden. In der Anzeige wird behauptet, daß ein Neuköllner Einwohner namens Rau, aus der Sanderstraße, der das Salz mehrmals in kleinen Dosen zu sich genommen hatte, an den Folgen dieser Salzkur in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend im Hedwigs-Krankenhaus gestorben ist.

Drei weitere Erkrankte sollen nach dem Genuß des Salzes gleichfalls im Vergiftungserscheinungen im Hedwigs-Krankenhaus Aufnahme gefunden haben. Schließlich sollen sich bei einer Frau Lange aus der Sanderstraße in Neukölln nach dem Einnehmen des Salzes so erhebliche Kreislaufstörungen eingestellt haben, daß die Kranke in eine Heilanstalt übergeführt werden mußte. Wie uns mitgeteilt wird, soll das Salz, das zu 2 M. pro Lütte verkauft wird, vor allem zu viel Jod enthalten. Von der Kriminalinspektion Neukölln ist eine Untersuchung eingeleitet und die Staatsanwaltschaft gleichzeitig in Kenntnis gesetzt worden. Die polizeiliche Untersuchung dürfte schon in den nächsten Tagen ergeben, ob an den schweren Beschuldigungen etwas Wahres ist.

Weichentwörter verflümmelt

Unglück am Bahnhof Gesundbrunnen

In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen ereignete sich gestern ein entsetzlicher Unglücksfall. Kurz nach 6 Uhr kontrollierte der 35 Jahre alte Hilfsweichenwärter Robert Kahner aus der Schußstraße 66 die Gleisanlagen unter der Brücke an der Hochstraße. Auf noch ungeklärte Weise wurde Kahner von einem Zuge überfahren und völlig verflümmelt. Die Leiche des Verunglückten wurde von der Feuerwehr geborgen und nach der Halle des Wichom-Krankenhauses gebracht.

Im Sturm ertrunken

Tragödie auf märkischem See

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Köriser See bei Klein-Köris, östlich von Teupitz, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Als heldenmütige Retter bemühten sich auf dem sturmgepeinigten nächtlichen See mit Einziehung des eigenen Lebens etwa 15 Genossen des Arbeiter-Anglervereins am Köriser See.

Nachts gegen 1/3 Uhr wurde der Siedler Stubella in der bekannten Arbeiter-Anglerkolonie durch Hilferufe aus dem Schlaf geweckt; er eilte, notdürftig bekleidet, aus seinem Häuschen und fand vor der Siedlung stehend vollkommen durchnäßt den Kaufmann Schinke aus Köris. Stubella brachte den Mann ins Bett und hörte nun folgenden: Schinke, ein Oberlehrer Müller aus Teupitz und der Puppenfabrikant Mania aus Berlin waren zu einer Bootsausfahrt nach

Dolgenbrodt gefahren. Auf der Rückkehr über Köris wurden sie vom Sturm überrascht. Dabei mußten sie irgendwo aufgefahren sein und das Boot muß ein Beck erhalten haben. Kurz vor Köris sackte es plötzlich ab. Hilferufe sind jedenfalls vom Sturm überhört worden. Er — Schinke — sei der einzige, der sich retten konnte. Sofort alarmierte Stubella die Bewohner der Anglersiedlung, und 12 bis 15 Genossen machten sich sofort mit ihren Booten auf die Suche nach den anderen Verunglückten. Ein Radfahrer holte einen Arzt. Leider muß hier festgestellt werden, daß der Telephondienst in Köris-Teupitz nicht funktionierte. Die Rettungsaktion wurde ununterbrochen fortgesetzt, bis die Angler Bojchehr und Stubella endlich den vermißten Durlacher Müller

in Schiff unweit der Kahnanlage des Arbeiter-Anglerbundes fanden. Die Uhr des Toten war auf 2 Uhr 5 Minuten stehen geblieben. Neben dem Toten schwamm eine schwarzweißrote Fahne. Der Tote selbst hatte seine Hände fest um ein Stiebrett geklammert. Der Kaufmann Mania war jedoch trotz aller Bemühungen nicht zu finden, ebensowenig das Motorboot, das den Namen „Erla“ führt.

Es ist unbegreiflich, daß an einem so überlaufenen Ausflugsort wie Klein-Köris, wo sich Siedlung an Siedlung reiht, gar keine Möglichkeit besteht, nachts zu telefonieren. Gibt es denn bei der Reichspost keine Bestimmung, die dafür sorgt, daß bei Alarmierung in höchster Not und zur Herbeiführung der Polizei auch auf dem Lande das Telefon nachts zu benutzen ist?

Es war einmal ein Graf...

Die Heirats-Sanierungsversuche des Herrn von Schmettow

Die Strafkammer beim Landgericht III verurteilte den 57jährigen Rittergutsbesitzer Bernhard Graf von Schmettow wegen vollendeten und versuchten Betruges in mehreren Fällen zu anderthalb Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren.

Rittergutsbesitzer Bernhard Graf von Schmettow, einst königlich preussischer Leutnant, dann Landwirt, vor dem Kriege von Graf Bethmann Hollweg in einer wichtigen Mission an der Ostgrenze tätig, während des Krieges im höchsten Auftrage mit Verhandlungen in Schweden betraut, übergab nach dem Tode seines Vaters aus erblichsteuerlichen Gründen als Majoratsherr das Familiengut Pommerzig an seinen Sohn. Der Vater behielt das Anrecht auf die Jagd, auf ein Haus und auf ein gräfliches Einkommen. Er verkehrte in Berlin „in ersten Kreisen“, führte auch nach der Revolution ein gräfliches Dasein, bis eines Tages das alte Familiengut, seit vierhundert Jahren den Reichsgrafen von Schmettow gehörig, samt allen Familienreliquien von einer Bank ersteigert wurde. Es gab nur eine Möglichkeit, es für die Familie zu retten: durch eine reiche Heirat. Der Sohn, der auf dem besten Wege war, eine reiche Amerikanerin zu ehelichen, ließ das „Glück“ aus der Hand und heiratete eine Deutsche, die nichts besaß. So blieb nur ein Ausweg: der alte Graf Bernhard von Schmettow mußte sich selbst der Familie zum Opfer bringen und durch eine Heirat das nachholen, was der Sohn veräußert hatte. Bernhard Graf von Schmettow war bereits zum zweiten Male verheiratet. Von der ersten Frau hatte er sich getrennt, als deren Güter knapp wurden. Von der zweiten Frau ließ er sich scheiden, um durch eine reiche Heirat das

Erbgut zurückzukaufen zu können. Er nahm die Ehebruchschuld auf sich, lebte mit der geschiedenen Frau in derselben Pension und sah sich nach einer neuen reichen Frau um. Eine, mit der die Partie fast perfekt war, starb ihm vor der Kasse weg, eine andere war ihm zu häßlich, die Ehebermittlungsbüros forderten Anzahlungen, die Durchführung einer Heirat kostete Geld.

Was tat nun Bernhard Graf von Schmettow? Durch Inserate in der „Deutschen Tageszeitung“ suchte er einen Administrator für ein Rittergut. Von den Interessenten verlangte er Sicherheitsleistungen. Er erzählte ihnen, oder vielmehr sein Mitangeklagter Herr Kurts tat das für ihn als Vermittler, daß es sich um ein Gut handle, das durch eine reiche Heirat erst zurückgekauft werden müsse. Die Verlobung sei so gut wie beschlossene Sache, die Braut, Tochter eines vielsachen Wiener Millionärs, erwarte nur sehnlichst den Augenblick, vom Grafen in die Arme geschlossen zu werden, die Durchführung der Heirat koste aber Geld, es müßten vor allem Reifen gemacht werden.

Der erste Interessent, Herr Sch., gab mehrere tausend Mark hin. Der zweite, ein Herr L., noch mehr, er begleitete den Grafen nach Baden-Baden, wo diesen durch eine Berliner Heiratsvermittlerin verschiedene Heiratskandidatinnen, darunter eine vielsache Millionärin, vorgestellt werden sollten, die Sache kostete viel Geld, es wurde nichts daraus. Vor Gericht machte der Graf den Eindruck eines Menschen, der gar keine Vorstellung davon hat, wie gemein er gehandelt hatte. „Sie meinen wohl, wenn Sie Graf sind, ist Ihnen alles erlaubt?“ sagte der Vorsitzende zum Grafen Bernhard von Schmettow. Das Urteil war die Quittung auf die wenig ritterliche Handlungsweise dieses Rittergutsbesitzers.

Herbst bringt Teuerungswelle

Die Preise ziehen wieder fleißig an

„In der Preisentwicklung ist neuerdings an die Stelle des Preisrückganges eine gewisse Stabilität getreten — die sinkende Tendenz ist nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern es macht sich bereits ein Anzeichen der Preise bemerkbar.“ Mit diesen Worten leitete die „Berliner Wirtschaftsbetriebe“ eine Betrachtung über die Kleinhandelspreise der Reichshauptstadt ein. Es ist dabei mehr als auffallend, wie bereits wieder hinter den meisten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln die Pluszeichen stehen: also steigende Preise auf der ganzen Linie. Die günstige Entwicklung, die sich seit 1930 auf dem Gebiet der Kleinhandelspreise durchgesetzt hatte, ist drauf und dran, ins Gegenteil umzuschlagen.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin, dem die Unterlagen im einzelnen entstammen, vergleicht den Preisstand vom 7. September 1932 mit dem Preisstand vom Frühsommer dieses Jahres. Die schärfste Preissteigerung weisen hierbei die Fettpreise auf. Schweinefleisch waren gegenüber dem 2. Quartal 1932 um nicht weniger als 38 Proz. teurer, Rindfleisch um 31 Proz.! Auch Rindertalg war um 13 Proz. im Preise gestiegen und Inlandschmalz um 7, Auslandschmalz um 9 Proz. Hier hat sich in außerordentlichem Maße die unverantwortliche Unruhe am Feitmarkt ausgemirkt: als die Butterinteressenten infolge des Kaufkraftmordes nicht mehr die gewohnten Umsätze erzielen, begannen sie gegen Schmalz und Margarine loszupauken. Das eine wurde durch Jölle bedroht, die andere durch eine Sondersteuer. Und wie immer bei solchen Drohungen, beginnen die Preise den Tatsachen vorauszuweisen.

Die Steigerung der Fleischpreise steht übrigens denen der Fettpreise nicht nach. Schweine-

bauch stieg um 27, Schweinefett um 22, Kotelett um 18 und Speck um 13 Proz. Hier hat sich der Rückgang an Schweinefleischlieferungen seitens der Landwirtschaft voll ausgewirkt. Nächste dem Schweinefleisch ist das Rindfleisch am meisten gestiegen, Querrippe um 11, Brust und Keule um je 9 Proz. Von den übrigen Fleischsorten läßt sich noch Hammelbällchen aufmerken, deren Preis um 8 Proz. stieg; allerdings dürfte hier eine saisonmäßige Steigerung im Zusammenhang mit dem Verzehr grüner Bohnen vorliegen.

Rund werden mit der vorgezeichneten Jahreszeit die Verhältnisse für die Hausfrauen insofern schwieriger, als die sogenannte „Gemüseschwemme“ langsam ihrem Ende entgegengeht. Bald wird es nur noch Rüben und Kohl geben. Hinzu kommt der erhöhte Feuerungsbedarf der kalten Jahreszeit und der Mehrbedarf an Licht. Da ist es besonders betrüblich, überall die Pluszeichen zu sehen: Schollen 13, Limburger Käse 2, Eier 6, Kakao 5, Koks 7 und selbst noch Petroleum ist um 1,4 Proz. im Preise gestiegen. Die Armen trifft es wieder einmal am schwersten.

Ende der „Gemüseschwemme“

So verdienstvoll solche Aufstellungen nun sind, so belagen sie doch nichts über das Verhältnis der Kleinhandels- zu den Großhandelspreisen. Und hier muß immer wieder auf den Berliner Brotpreis hingewiesen werden, der um ganze 7 Proz. gesenkt wurde, während Weizen und Roggen bzw. Weizen- und Roggenmehl geradezu einen Preissturz durchgemacht haben, ohne daß sich dieser entsprechend im Berliner Brotpreis ausgewirkt hätte.

Das Ende des Diebes

Vor der Verhandlung gestorben

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sollte sich heute der wissenschaftliche Hilfsarbeiter der preussischen Staatsbibliothek, Dr. Schade, verantworten. Die Verhandlung konnte aber nicht stattfinden, da es sich herausstellte, daß der Angeklagte bereits vor einer Woche verstorben ist.

Schade hatte im Laufe von vier Jahren nach und nach aus der Bibliothek etwa 1200 Bücher im Werte von 40000 bis 50000 M. entwendet und sie für etwa 1200 M. an verschiedene Antiquariate verkauft. So gehörte z. B. in Berlin zu seinen ständigen Abnehmern die Firma Rothacker, in die eine vollständige Reihe Abhandlungen der wissenschaftlichen Akademie gewandert ist, die Firma Orellius u. a. m. In Leipzig war es Carlsohn, in Stuttgart Müller u. Graf. Anfangs entnahm Dr. Schade, der in der Doppeltenabteilung beschäftigt war, die Bücher ziemlich wahllos. Die entstandenen Lücken in den Regalen füllte er durch Zusammenrücken der Bücher aus. Fast täglich nahm er kleine Päckchen mit Büchern aus der Bibliothek mit und brachte sie in die Antiquariate. Ueber den Ursprung der Bücher erzählte er, daß sie Reste aus der Bibliothek seines Vaters, eines Königsberger Professors, seien. In der letzten Zeit nahm er direkt Bestellungen entgegen und holte sich die Werte aus dem Magazin der Staatsbibliothek. An auswärtige Antiquariate verkaufte er Listen. Als man heute zur Verhandlung kam, erfuhr man, daß Dr. Schade bereits vor einer Woche am Jungentrebs gestorben sei. Er war in seiner Jugend als Sonderling bekannt. Einen Teil der Bücher hat die Staatsbibliothek zurückerhalten, ein großer Teil ist natürlich unauffindbar.

Hitler-Jugend enttäuscht

Reichsjugendtag mit gedämpftem Trommelschlag

In Potsdam gaben sich am Sonnabend und Sonntag die „Hitlerjugend“ und Hitleriten ein Stelldichein. Der Reichsjugendtag der Nazis sollte den „Aufbruch“ einer verheißenen nationalsozialistischen Jugend bringen. Aber es fehlte die Stimmung. Diese Jugend ist enttäuscht. War es die Erkenntnis, daß die schönen braunen Hosen und Jacken nicht ihnen und nicht der großartigen Partei, sondern noch den auf Geld wartenden Lieferanten gehören, oder waren es die vielen von den amtlichen Gebäuden aus Anlaß des Hindenburg-Tages wehenden schwarzrotgoldenen Fahnen, die unsere braunen Hitlerknaben so mißmutig stimmten? Es ging sehr mit gedämpftem Trommelschlag. Ausländische Journalisten gegenüber versuchte man diese Tatsache damit zu entschuldigen, daß die Rahmen zum größten Teil schlechte Quartiere gehabt hätten. Das feudale Potsdam scheint also seine Liebe auch mehr den Freunden vom Stadtheim jugeneigt zu haben. Das zeigte auch die starke Uninteressiertheit der Bevölkerung. Hitler hatte am Sonnabend eine gänzlich unpolitische und farblose Ansprache mit dem üblichen Vortragschwall gehalten. Der inzwischen etwas stiller gewordene Herr wirkte recht matt, seine Rede währte ganze vierzehn Minuten.

Heute Montgolfiëraufstieg auf der Dela. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Deutschen Luftsportausstellung am Funkturm wird am heutigen Dienstagmorgen gegen 4 Uhr der bekannte Fallschirmflieger Conrad einen Aufstieg mit einer Montgolfiëre und anschließenden Fallschirmabwurf zeigen. Alle Besucher der Ausstellung haben freien Zutritt zu dieser im Terrassengarten des großen Freigeländes vorgesehenen Veranstaltung. Die interessante Füllung des Ballons mit Heißluft beginnt gegen 13.30 Uhr und ist in etwa einer halben Stunde beendet. Der Ballon steigt dann sofort etwa 300 bis 400 Meter hoch, und in dieser Höhe löst sich der Fallschirmflieger vom Ballon.

Zur Erinnerung der Einführung unseres Kalenders spricht am kommenden Mittwoch um 15.40 Uhr Dr. Bruno Borchardt vor dem Berliner Sender.

Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin stellt vom 3. bis 15. Oktober 1932 in ihren Verkaufsräumen Wegelstraße 1 am Stadtbahnhof Tiergarten werktäglich von 9—19 Uhr eine große Anzahl von weißen und bemalten Porzellanen — Teller- und Kaffeeteller, Einzelteile für Serviceergänzungen, Figuren, Vasen usw. —, die infolge der strengen Sortierung wegen kleiner Fabrikationsfehler von Gutverkauf ausgeschieden wurden, zu stark herabgesetzten Preisen zum Verkauf. Alle Preise sind in weitgehender Anpassung an die Wirtschaftslage gesenkt worden. Den Freunden von Berliner Porzellan wird die Möglichkeit geboten, aus dem besonders reichhaltigen Angebot schöne Stücke zu äußerst günstigen Bedingungen zu erwerben.



...alle Gemüse werden schmackhafter durch MAGGI Würze

• Auch beim Nachfüllen erhalten Sie Gutscheine •

In wenig Worten

In einer Apotheke in der Weihenburger Straße 53 wurde von unerkannt entkommenen Tätern ein Einbruch verübt. Die Eindrehen, die es zunächst auf den Geldschrank abgesehen hatten, diesen aber leer fanden, nahmen etwa acht Gramm Morphium, einen Teil Parfümerien und einen kleinen Posten Briefmarken mit.

In der Grünstraße in Köpenick geriet gestern abend der 65 Jahre alte Zimmermann Karl Höhnow aus der Elisabethstraße 4 in Köpenick unter die Räder des Anhängers eines Lastzuges. Höhnow erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Bereits auf dem Transport ins Köpenicker Krankenhaus trat der Tod ein.

Das griechische Erdbebengebiet wurde wieder von fünf aufeinanderfolgenden Erdstößen heimgesucht, von denen zwei von außerordentlicher Stärke waren. Drei Häuser stürzten ein, über sechzig weitere kamen schweren Schäden erlitten. Menschenopfer sind nicht zu verzeichnen, da sich niemand von den Einwohnern wegen der stets drohenden Einsturzgefahr in den Häusern aufhält.

Aus Paris wird gemeldet, daß in der Nähe des Mont Saint Michel ein mit fünf Ausflüglern besetztes Boot gesunken ist. Ein zur Rettung herbeieilendes Fischerboot konnte keine Hilfe mehr bringen. Sämtliche fünf Ausflügler ertranken.

Wie das japanische Oberkommando mitteilt, ist ein japanisches Bombenflugzeug, das am 2. Oktober von Mukden nach Chardin flog, infolge Motorfehlers bei Sochago im südlichen Teil der chinesischen Ostbahn mit drei Insassen abgestürzt. Die Insassen wurden getötet.

Das Verschwinden eines 8 Monate alten Kindes beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Eine 33 Jahre alte Paula R. aus der Buitlamerstraße hatte gestern gegen 19.30 Uhr ihr 8 Monate altes Kind in einem blau lackierten Kinderwagen wenige Minuten vor dem Hause Besselftr. 6 stehen lassen, um eine Befragung zu machen. Als die Frau nach kurzer Zeit zurückkehrte, war der Wagen mit dem Kinde verschwunden. Die Mutter vermutete, daß die Kleine, ein auffallend hübsches Kind, geraubt worden sei. In Wirklichkeit war das Kind mittlerweile schon zu einer Polizeistation gebracht worden, wo die Mutter es in Empfang nehmen konnte.

Räuberberhör am Tatort

Der Ueberfall auf den Geldbriefträger

In den gestrigen Nachmittagsstunden wurden die Verhöre mit dem selbstgenommenen Räuber aus der Friedrich-Wilhelm-Str. 82 in Tempelhof, dem 26 Jahre alten Georg Schade, fortgesetzt.

In frecher Weise verjuchte der Bursche, sich zu verteidigen und erklärte, daß es ihm in der hauptsache daran gelegen hätte, Geld zu machen. Schade ist schon erheblich vorbestraft. Es stellte sich heraus, daß er im Jahre 1923 zusammen mit zwei Komplizen den Wächter eines Bauplatzes in der Swinemünder Straße im Norden Berlins überfallen hatte. Die drei Räuber hatten damals den Mann niedergeschlagen, gefesselt und in eine Baubude geschleppt. Gestern mittag begab sich Kriminalkommissar Rebe mit dem Räuber an den Tatort. Hier schilderte der Räuber den Ueberfall auf den Geldbriefträger Schröder in allen Einzelheiten. Die Tat an sich stellte sich als eine lang vorbereitete heraus. Der Bursche wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

„Wir haben ein großes Ziel!“

Kulturarbeit der Krüppel

„Uns gehört die Welt, wir sollen, wir wollen und schaffen das Leben um!“ singt eine Gruppe schicksalsverbundener Menschenkinder. Und man merkt am Leuchten ihrer Augen, an der Kraft inneren Gefühls, sie werden es schaffen.

In der Anstaltkapelle des Hoflandhospitals, Prenzlauer Allee, hat die Kultur-gemeinschaft des Reichsbundes der Körperbehinderten zu einem bunten Nachmittag eingeladen. Außer den Bundesmitgliedern hatten sich auch die Anstaltsinsassen zahlreich eingefunden, alles Menschen, deren Leben so viel Schatten und so wenig Licht aufweist. Und so spenden die einen, denen selbst kaum die Freudenzone scheint, von ihrem wenigen Schwerkerrungenen noch den anderen, denen es ganz und

gar an Kraft gebricht... Die Gesangsgruppe bringt hübsche alte Volkslieder zu Gehör, schiefische und frankische Weisen, dann folgt ein Bläserpaar Bach- und Mozartscher Kompositionen, schließlich singt ein Mitglied mit wirklich schön gebildeter Stimme Schubert-Lieder. Bei Hans Reimanns sächsischen Miniaturen zeigt es sich, daß alle, die da im Saal sind, das Leben noch nicht verlernt haben. Die Fröhlichkeit erreicht ihren Höhepunkt beim lustigen Spiel vom toten Mann, der sich

schleiflich als quid lebendig und mordsbergnütig entpuppt. Für zwei Stunden haben da Menschen vergessen, daß ihr Körper ihnen den Dienst verweigert und damit den Lebenskampf zu einer fast übermenschlichen Leistung physischen und psychischen Kraftaufwandes macht. Aus diesem Vergessen aber wächst ihnen neue Kraft... Diese im Vorjahre gegründete Kultur-gemeinschaft der Körperbehinderten hat also eine große, unendlich wichtige Aufgabe zu erfüllen, hat ein großes Ziel.

Erziehung der Erzieher

Probleme bei den Schulreformern

Der Kongress für Kleinkinder-Erziehung des Bundes entschiedener Schul-reformer im Schöneberger Rathaus bringt in seinen Vorträgen eine Fülle von Anregungen und Tatsachenmaterial. Besonders beachtet wurden die Vorträge der Individual-Psychologen, der von Alfred Adler (Wien) begründeten Richtung, die in der Erziehung und der Bekämpfung seelischer Störungen vor allem die Beziehungen zur Gesellschaft betont und durch Ermutigung und Uebung die Heranbildung zur Betätigung für die Gemeinschaft in den Vordergrund stellt.

Dr. Alexander Reuer-Berlin sprach über Individualpsychologie und Erziehung.

Aufgabe ist die Erziehung zur Freiheit. Nicht durch Zwang und Drill, sondern durch Uebung (Training), beruhend auf der rechten Autorität eines Erziehers, der das Vertrauen des Kindes verdient. Mißbrauch der Autorität zerstört das Vertrauen und schafft eine asoziale und antisoziale Jugend. Darum muß der Erzieher erzogen, die falsche Autorität abgebaut, durch schenkende Liebe ersetzt werden. Erziehe den Menschen zur freien Selbstverantwortung gegenüber den Pflichten, die sich aus der Gemeinschaft ergeben! — Die Erziehung der Erzieher behandelte Dr. Fritz Kuntel-Berlin.

Voraussetzung der Erziehung ist 1. Kenntnis des Kindes und der Aufgabe; 2. Selbsterkenntnis des Erziehers (Vermeidung der Fehlerquellen, falsche Autorität und falsche Zärtlichkeit); 3. Kenntnis der Wechselwirkung zwischen Kind und Erzieher. Die Erziehungsfehler schädigen stets, werden aber oft erst viel später erkannt. Darum ist die Selbsterziehung des Er-

ziehers besonders wichtig. Oft gilt als Wirkung der Vererbung oder der sozialen Umstände, was nur auf Erziehungsfehlern beruht. Nicht starrsinnige Befolgung von Vorschriften, sondern lebendige, feinsinnige Durchdringung schafft den rechten Erzieher und das erzogene Kind. Es gilt, die Selbsttätigkeit des Kindes zu erhalten. Die Anpassung an die Aufgaben des Erziehers vollzieht sich mit Krisen und Minderwertigkeits-gefühlen. Ziel ist Produktivität: Die Fähigkeit, unvorhergesehen zu treffen, was der Augenblick erfordert. Sie wird gewonnen in Wechselwirkung mit dem Jüngling. Vorbereitet wird das durch Gruppenarbeit der Erzieher: Einordnung unter Aufrechterhaltung der Eigenart und Verantwortlichkeit. Dann kann man der äußeren Sicherungen, die angelehnt den objektiven Werten, in Wahrheit dem eigenen Selbstgefühl dienen, entraten. Erziehung verlangt Optimismus, den Glauben an die gesund schaffenden Kräfte im Kind.

Otto Müller-Rain-Berlin zeigte in seinem Vortrag: Das Kind als Erzieher die Wechselwirkung von Kind und Umwelt. Aufgabe des Kindes ist 1. die Welt und 2. die Beziehungen der Menschen zueinander (auch die menschlichen Ideologien) zu begreifen. Erst wenn der Gegensatz zwischen den Klassen beseitigt ist, wird auch der Gegensatz zwischen den Vätern und den Kindern weggelassen. Wir müssen die sozialen Voraussetzungen schaffen, damit die neue, wechsellagige Erziehung wirksam werden kann. — In der lebhaften Aussprache betonte namentlich Frau Dr. Rubinsti die Tragweite der sozialen Beziehungen; sie lehnt den Optimismus Kuntels ab. Die Kleinkinder haben solidarisches Interesse mit dem Proletariat.

Tötendes Motorrad

Zwei Todesopfer eines Verkehrsunfalls

Neustrelitz, 3. Oktober.

Eigener Bericht

Ein Motorradunglück, das zwei Todesopfer forderte, ereignete sich am Montagmorgen in der Nähe der Neustrelitzer Straße. Zwei Landwirte aus Wittenborn fuhren mit einem Motorrad gegen einen Chauffeebaum. Der Landwirt Peters wurde durch einen Genickbruch auf der Stelle getötet. Der Landwirt Salow erlitt einen Schädelbruch und starb ebenfalls kurz darauf. Wie man vermutet, ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß der Führer des Motorrades angetrunken war.

Schupos speisen Kinder

Wieder Polizei-Hilfswerk

In den letzten Jahren haben die Polizeibeamten aller Zweige und Dienstgrade in vorbildlicher und uneigennütziger Weise in fast allen Standorten Speisungen von Kindern, von alleinlebenden alten Leuten und ähnlichen bedürftigen Personen vorgenommen und sich damit den Dank weiterer Kreise der Bevölkerung erworben.

Der kommissarische Minister des Innern spricht in einem Rundschreiben an die staatlichen Polizeiverwaltungen und die Polizeischulen die Bitte aus, daß sie in diesem Jahre, wo die Not weiter steigen wird, ähnliche Speisungen, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, auch für den kommenden Winter anregen und in weitherziger Weise alle technischen Einrichtungen für ihre Durchführung zur Verfügung stellen. Dabei wird gebeten, nach Möglichkeit die Durchführung der Speisungen in die Hände der Beamten selbst zu legen. Derartige Maßnahmen, die ohne Ansehen

irgendwelcher Richtung sich nur an Hilfsbedürftige wenden, sollen ein neuer Beweis dafür sein, daß die Polizei sich gerade in dieser Notzeit besonders mit dem Volke verbunden fühlt.

Billige Herbst-Ferienwoche im Zoo. In der Woche vom Montag, 3. Oktober, bis zum Sonntag, 9. Oktober, kostet den ganzen Tag über der Eintritt in den Zoo für Erwachsene 75 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf., in das Aquarium 50 Pf. bzw. 25 Pf.

17. Kreis

Mittwoch, 5. Oktober, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula des Reform-Gymnasiums, Lichtenberg, Parkau an der Möllendorffstraße. Referent Genosse Severing M. d. R.

Erweiterter Bezirksvorstand!

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Mittwoch, dem 5. Oktober, pünktlich 19 Uhr

im Sitzungssaal des Bezirksvorstandes, Lindenstraße 3, 2. Hof II Treppen. Vertretung ist nicht zulässig. Der Bezirksvorstand.

Die Tierkinderchau, die für die Dauer der billigen Woche verlängert wird, kann auch während dieser Zeit vom Zoo aus von Erwachsenen und Kindern unentgeltlich besucht werden.

Verlegung eines Konsulats. Nach Mitteilung des Generalkonsulats von Brasilien wird das Generalkonsulat am 1. Oktober 1932 von Kurfürstendamm 160 nach Potsdamer Platz 1, Columbus-Haus, verlegt. Fernsprecher B 1 Kurfürst 2138, Sprechstunden: 9 bis 13 Uhr.

Gesunder Schlaf durch Jinsfer-Saft

Nach Verbruch von 4 Flaschen Jinsfer-Knoblauchsaft kann ich Ihnen mitteilen, daß mir derselbe sehr gut bekommen ist. Ich habe jetzt nicht mehr über Kopfschmerzen und schlechten Stuhlgang zu klagen und fühle mich körperlich viel wohler. Ich kann jetzt bei Nachts wieder gut schlafen, was ich allen dem guten Knoblauchsaft verdanke. Ich werde denselben immer weiter empfehlen. Frau Schöber, Hof, Wilhelmstraße, 63062 65 (80 Anerkennungen über Jinsfer-Saftmittel (material) beglaubigt).

Jinsfer-Knoblauchsaft

ist appetitanregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Galle und leitet gute Galle bei Verstopfung, Blasen- und Darmstörungen, Hämorrhoiden, bei Rheumatismus und Gicht, bei Leber- und Gallenleiden, bei Blähung und allen Stoffwechselstörungen.

Geruchlos und ohne Geschmack hat Knoblauch-Tabletten und Knoblauch-Kapseln. Schachtel je 3 M. In den meisten Apotheken zu haben. Knoblauchsaft auch in den Drogerien, sonst direkt.

Dr. Jinsfer

& Co. G. m. b. H. Leipzig 75.

Unser Engros- und Großhandlungs-Depot, Berlin C 25, Bernauer Str. 30, Tel. Rupprecht 2774, weiß auf Wunsch Verkaufsstellen gern nach.



Besser für Berlin: Veränderlich und sehr kühl, einzelne Schauer. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten Regenfälle, im Nordosten veränderlich, in West- und Mitteldeutschland allmähliche Besserung, aber Bodentrostgefahr.

„Auf Stern durch das Reich Schickung.“ Der bekannte Kippenitz Max Silber, der abendlich die hiesigen Klänge in Holzgeräten leitet, spricht über dieses Thema mit schillernden Bildern in der „Zeitung“ Sternwart am Mittwoch, dem 3. und Donnerstag, dem 4. Oktober, abends 8 Uhr.

Glauben Sie an Wunder? Es ist Mode geworden, nur noch an das Schlimmste zu glauben. Und wenn man einem Menschen von 1932 erzählt, daß morgen die Welt untergehen wird, so erscheint ihm das heute schon glaubwürdiger, als daß morgen die Sonne wieder aufgehen wird. Und doch gibt es noch Wunder! Echte, richtige, große, tatsächliche Wunder! Man muß nur die Augen aufmachen, um sie zu sehen. Zum Beispiel das Dreigraschen-Wunder, das jetzt in Berlin auftauchen wird! Es ist gerade unterwegs — und wenn Sie ein klein wenig aufpassen, kann es Ihnen nicht entgehen. Es ist ein doppeltes Wunder, daß dieses Dreigraschen-Wunder schon für anderthalb Groschen zu sehen — das heißt, eigentlich nicht nur zu sehen, sondern auch ... mehr beraten wird im Augenblick nicht!

Handarbeiten bei Grünfeld. Handarbeit ist große Mode und dabei eine recht vernünftige. Man kann da mit wenig Mitteln, Fleiß und gutem Willen eine Menge hübscher, heimerlichernder Dinge herstellen. Das zeigt die Firma Grünfeld, Leipziger Straße, in einer reich bestückten Ausstellung. Die moderne Handarbeit birgt absolut keine neuartigen Komplikationen, im Gegenteil, sie greift zurück auf die schöne, leichte Handfertigkeit früherer Tage, auf den Kreuz- und Spannstich, die Handweberei und Handflöppelei, den Flachstich und den Stilstich. Was gibt es da für prächtige Decken und Kaffeewärmer, Kissen, Läufer und Wandbehänge in buntem Kreuzstich, oder einfachen Häfelstichen, in Handgewebtem und zarter Lochstickerei zu sehen! Wunderhübsch präsentieren sich die großen, bunten Sofaissen mit hochgelegten Häfelstichen oder die Häfelstichen mit farbiger Unterlage. Die zarten Filzdecken und Stores, die lustige Lochstickerei und die feinen Stickereien auf Baist und hauchdünner Kunstseide sind Proben großer Geschicklichkeit und Akkuratheit. Damit sich auch der Nachwuchs schon beizeiten für Handarbeiten zu interessieren beginnt, gibt es für diesen allerlei lustige Bilderspiele, für die Vorgefertigten dann das Strickspiel „Rundherum“ und den „Strickpeter“.

Was mich hundert Jahre alt? Nur drei von einer Million Menschen können damit rechnen, das hundertste Lebensjahr zu beenden. Nur man aber gerade hundert Jahre alt werden? Es ist nicht genug, wenn man die Spanne Zeit, die einem beschieden ist, gesund bleibt ein unaltes, bewährtes Mittel dazu ist der Knoblauch, den die meisten als edeln bulgarischen Jinsfer-Knoblauchsaft nehmen oder geruch- und geschmacklos als Jinsfer-Knoblauch-Tabletten oder Jinsfer-Knoblauch-Kapseln. Näheres darüber sagt eine Broschüre von Dr. Jinsfer u. Co., Leipzig, in der heutigen Ausgabe.

Jedes Jahr um diese Zeit bringt die Englische-Brauerei aus Nottingham aus den Kreisen des Berliner Publikums ein ein Spezialbier zum Ausschlag, das ein Lebensgangbier zu sein in der früheren Industrie üblichen Brauereien ist. Durch höchste Reinheitsvorschriften über Erzeugnisse hat die Englische-Brauerei hiermit ein Qualitätsbier geschaffen, das wegen seiner hervorragenden Güte und Bekanntheit schon im Vorjahr bei allen Englische-Freunden Anklang fand. „Englische-Bierbrot“ gelangt in allen Englische-Geschäften zum Ausverkauf.

Herbstmodelle



Qualitätsschuhe zu Preisen für jedermann:
Für die Dame: feine Trotteur- und Nachmittagsschuhe, die einen Stil in der Linie zeigen, wie keine anderen. RM.

6.50

7.75

8.45

usw.



Für den Herrn: gediegene Rahmenware, Goodyear Welt. Ausstattung mit dem Wunder moderner Schuhfabrikation, dem auswechselbaren Mirakelabsatz, der den Preis des Schuhs über seine Lebensdauer um RM. 3.— verbilligt.

5.65

6.85

7.45

usw.

Besichtigen Sie unsere neuen Schaufenster-Ausstellungen!

Leipziger Straße 123 a, Hordenbergstraße 29 a-a, Potsdamer Straße 29, Alexanderplatz (Berolina-Haus)

direkt

SCHUHE

Börse und Streikwelle Rückschlag auf dem Aktienmarkt

Die Börse eröffnete am Wochenanfang ausgesprochen schwach. Die anregenden Momente, die Preisbesserung verschiedener Rohstoffe, Belebung des Abganges in der Textil- und Papierindustrie, sowie günstige Aussichten für den Eisenexport verpufften vollständig, da die wachsende Streikwelle im Lande die Finanzwelt schwer beunruhigt.

Auf dem Aktienmarkt lagen die Favoriten Kolonialwerke auf 167 gegen 170% gedrückt, I. G. Farben sanken bis auf 95% gegen 97%, Siemens, der in den letzten Tagen schon stark verloren hatte, mußte eine neue Kursrückkehr von 115% auf 114% erleiden. Gut gehalten waren dagegen Reichsbahnobligationsaktien mit 84%.

Auch der Rentenmarkt hatte heute sein fremdliches Aussehen verloren. Goldpantbriefe konnten ihre Kurse einigermaßen halten, dagegen bröckelten Kommunalobligationsaktien ab. Auch Industrieobligationen waren ungleich. Nachfrage bestand nur nach verschiedenen Obligationen, bei denen Auslosungen erwartet wurden.

Böswillige Schuldner

Oesterreich verlangt Offenbarungseid der Creditanstalt-Schuldner

Der Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt leitete die mitteleuropäische Banken- und Kreditkrise ein. Nur dadurch, daß der österreichische Staat die Bürgschaft für die Verpflichtungen der Creditanstalt übernahm, war es möglich, das österreichische Bankwesen und die österreichische Wirtschaft vor der völligen Auflösung zu bewahren.

Inzwischen scheinen aber Schuldner der Creditanstalt im In- und Auslande auf die Idee gekommen zu sein, sie brauchen ihre Verpflichtungen gegenüber der Creditanstalt nicht zu erfüllen, da der österreichische Staat ja doch für alles aufkomme. Um nun wirksamer gegen böswillige Schuldner vorgehen und gegen die, die an dem Zusammenbruch der Creditanstalt schuldig sind, leichter Schadenersatzansprüche durchdrücken zu können, hat der österreichische Staat verordnet, daß die Schuldner der Creditanstalt den Offenbarungseid abzulegen haben, wenn die Vermutung besteht, daß die Schuldner sich absichtlich ihren Verpflichtungen entziehen wollen.

Auslands-Aufträge

Die Vereinigte Obereschlesische Hüttenwerke A. G. in Gleiwitz, die in den Frühjahrsmonaten ihre Belegschaft bis auf einen geringen Stamm abgebaut hatte, hat jetzt von Rußland einen großen Auftrag auf Lieferung

Willkür der Monopole

Der deutsche Erdöl- und Treibstoffmarkt hat in den letzten Jahren ein wechselvolles Schicksal gehabt. Das Preisdiktat der internationalen Oilmächte wurde infolge seiner Ueberbannung immer wieder durchbrochen. Auf Konventionsperioden mit stärkster Ueberhöhung der Bezugspreise folgten Kampfzeiten mit Preisunterbietungen. Die letzte konventionslose Periode ist erst vor Monatsfrist abgeschlossen worden. Das neue Betriebsstoffkartell ist wesentlich fester gezeichnet als die früheren; es ist bloß ein geschlossenes Preiskartell, sondern ausgebaut zu einem Quotenkartell, das

den ganzen deutschen Markt mit festen Abgabekontingenten

unter die internationalen Erdöltrusts und die deutschen Erzeugergruppen aufteilt. Noch steht Sowjetrußland abseits, aber es heißt, daß der Beitritt zur Preiskonvention unmittelbar bevorstehen soll.

Das neue Kartell hat sich die Gesundheit (!) des deutschen Benzinmarktes zur Aufgabe gesetzt.

Wenn Trusts und Kartelle von Gesundheit sprechen, so meinen sie Erhöhung der Preise und der Profite

und das Kartell ließ auch bald verkünden, daß „mäßige Preiserhöhungen“ unvermeidbar wären. Zeitungsmeldungen, wonach eine Erhöhung der Zapfstellenpreise um 6 Pfennig (!) je Liter Benzin vom Kartell geplant sei, Nachrichten, die mit Recht die stärkste Entrüstung hervorriefen, wurden jedoch demontiert. Das Kartell hat seine besondere Preistatistik, es legt nämlich nicht auf einmal die Preise herauf, sondern weniger auffällig, in Etappen, und das Ganze segelt unter der harmlosen Ueberschrift: regionale Preisangleichung.

Zunächst wurden die Preise in Sachsen, in Süd- und Südwestdeutschland um 1 bis 3 Pf. erhöht.

Das Handelsgeschäft mit Belgien

Ein zweifelhafter Erfolg

Die deutsche Rundreise-Kommission, die mit einer Anzahl europäischer Regierungen über die geplante deutsche Einfuhrkontingentierung verhandelt, hat die erste Etappe Brüssel glücklich hinter sich. Diese Etappe war mit Vorbedacht als erste gewählt worden — der „Erfolg“ konnte nicht ausbleiben und ist nicht ausgeblieben.

Es war von vornherein nicht anzunehmen, daß die Belgier dem deutschen Verlangen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen würden. Einmal beläuft sich die belgische Ausfuhr nach Deutschland in den Waren, die jetzt für das letzte Vierteljahr 1932 der Kontingentierung unterworfen werden, auf einen Betrag von etwa 4 Millionen Franken oder noch nicht 2 Millionen Mark. Zum anderen laufen seit Monaten Verhandlungen, in denen die Belgier eine Herabsetzung der deutschen Kohlenausfuhr nach Belgien durchzusetzen suchten.

Die Belgier wünschten, daß die deutsche Kohlenausfuhr auf 45 Proz. des Durchschnitts des ersten Halbjahres 1931 festgesetzt werde. Die deutsche Industrie und die deutsche Regierung wollten dem nur zustimmen, wenn Belgien gewisse Erleichterungen für die deutsche Fertigwarenausfuhr vornehme und so hatte man sich dahin geeinigt, daß Belgien zusätzlich für 21 Millionen Franken deutsche Industriewaren bestellen sollte. Es war aber der belgischen Regierung nur gelungen, für 16 Millionen Franken Bestellungen unterzubringen. So hat man sich denn dahin geeinigt, daß die deutsche Kohleneinfuhr nach Belgien (besonders für Hausbrandkohle) ein wenig erhöht wurde und daß das ganze Kohlenabkommen am 1. Oktober in Kraft trat. Just am 1. Oktober wurden die Verhandlungen in Brüssel über die Kontingentierung der Agrareinfuhr nach Deutschland geführt. War das ein Zufall? Dann jedenfalls ein recht merkwürdiger.

Deutschland hat das Recht zugebilligt erhalten, folgende Beschränkungen der belgischen Einfuhr vorzunehmen: die Einfuhr von Kobl, Blumen, Tomaten darf um 40 Proz., die Einfuhr von Weintrauben und Kartoffeln um 65 Proz., die Einfuhr von Speck um 60 Proz. und die von Butter und weichem Käse um 50 Proz. gegenüber der Einfuhr im letzten Vierteljahr des Jahres

1931 beschränkt werden. Wichtig aber ist, daß das Meißbegünstigungsprinzip gewahrt bleibt. Das bedeutet, daß Belgien größere Mengen einführen kann, wenn es Deutschland nicht gelingt, in den Verhandlungen mit den anderen Ländern die gleichen Kontingentierungslöcher durchzudrücken.

Soviel aber ist sicher, daß die anderen Länder nicht so leicht, jedenfalls nicht ohne bedeutende Gegenleistungen zu einer ähnlichen Beschränkung ihrer Ausfuhr nach Deutschland sich bereit erklären werden. Denn bei den anderen Ländern ist der Anteil der Kontingentwaren am Gesamtmarkt wesentlich größer. Bei Holland macht er ein Drittel, bei Dänemark fast zwei Drittel, bei Italien fast ein Drittel der Gesamtausfuhr nach Deutschland aus. Die Verhandlungen mit Holland haben am Montag begonnen. Man wird also sehr bald wissen, wie sich Deutschlands bester Kunde den Kontingentforderungen gegenüber verhalten wird.

Devisenkrieg mit Italien

Mit Italien ist inzwischen ein kleiner Handelskrieg ausgebrochen. Deutschland hatte zum 30. September das Devisenabkommen gekündigt, indem beide Länder eine Regelung der Zahlungen, die nach dem Handelsverkehr notwendig waren, getroffen haben. Italien hat auf diese Kündigung mit einer faktischen Devisensperre gegen Deutschland geantwortet, das die deutsche Ausfuhr nach Italien vorläufig unmöglich macht. Wieder einmal sind die deutschen Regierungskreise, die bei jeder Gelegenheit die Freundschaft mit Italien gestiftet in den Vordergrund rücken, sehr überrascht über diesen „unerwarteten schmerzlichen Angriff“. Nur in der Wilhelmstraße dürfte aber ein Zweifel darüber bestehen, daß dieses rigorose Vorgehen Italiens mit den deutschen Kontingentierungsforderungen zusammenhängt.

Die Einigung zwischen Deutschland und Belgien in der Kontingentierung von Einfuhrwaren wurde zuerst von dem offiziellen Bertündungsorgan des

Reichswirtschaftsministeriums, „Industrie und Handel“, bekanntgegeben. Diese Korrespondenz hatte völlig ordnungsgemäß darauf hingewiesen, daß das Prinzip der Meißbegünstigung aufrechterhalten worden ist, so daß sich die an Belgien gewährten Kontingente automatisch erhöhen, wenn Deutschland anderen Ländern bei den gleichen Produkten höhere Zugeständnisse macht.

Wer verrät die deutsche Wirtschaft?

In den agrarischen Hochburgen, in denen man mit wachsendem Mißsergnügen die scharfen Proteste aus dem Lager der Konsumenten, des Handels und der Industrie verfolgt hat, hat diese Mitteilung des halbamtlichen Organs einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht in diesem Zusammenhang und unter Hinweis auf die scharf ablehnenden Äußerungen der nicht agrarischen Presse zur Kontingentierung von Verrat. Das Agrarierblatt fügt auch gleich hinzu, wie man sich in seinen Kreisen den Ablauf der Dinge vorgestellt hat. Es erklärt zu der Auslandsreise der deutschen handelspolitischen Delegation, daß diese Abordnung eine außerordentlich schwere Aufgabe zu lösen habe,

„eine Aufgabe, die so wenig Aussicht auf eine befriedigende Lösung bietet, daß es von vornherein wesentlich zweckmäßiger erscheinen müßte, man hätte auf die Entsendung einer derartigen Abordnung überhaupt verzichtet und die als notwendig erkannten Kontingentierungsmassnahmen ohne vorherige Verhandlungen autonom in Kraft gesetzt“.

Drahtfächer kann das Sprachorgan des Großgrundbesitzes nicht beweisen, daß es ihm bei der Durchsetzung der eigenen egoistischen Ziele völlig gleichgültig ist, was bei einer derartigen Trampelpolitik aus der deutschen Gesamtwirtschaft würde. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt Verrat! Wir fragen: Wer verrät mit seinem hemmungslosen Berufsegoismus die deutsche Wirtschaft?

Stark beansprucht

Der Ausweis der Reichsbank zum September-Ultimo

Der Ausweis der Reichsbank vom 30. September weist eine ziemlich starke Beanspruchung der Zentralnotenbank auf. Insgesamt gab die Reichsbank auf Wechsel und Schecks sowie auf Lombards 479,7 Millionen neue Kredite. Die gesamte Kapitalanlage der Bank erhöhte sich damit auf 3634,2 Millionen. Die Bestände an Handelswechseln betragen hiervon 2991,4 Millionen.

Die Beanspruchung war also zu diesem Quartalsultimo erheblich höher als Ende Juni, wo sich die Kapitalanlagen der Reichsbank nur um 391 Millionen erhöhten. Diesmal dürfte aber die Diskontierung wesentlich mitgesprochen haben, denn zahlreiches Wechselmaterial, das in Erwartung der angekündigten Diskontierung bei den Banken eingelagert wurde, ist jetzt in der Ultimowochte zum Vorschein gekommen. Im übrigen zeigt die Zunahme der fremden Gelder (Giroguthaben) bei der Reichsbank um 92,7 Millionen, daß vielfach die Wechselreichung nicht zur Deckung eines zusätzlichen Geldbedarfs der Wirtschaft, sondern zur Besserung der Bankbilanzen zum Monatsende diente. Auch in der Entwicklung des Umlaufs an Zahlungsmitteln zeigt sich deutlich, daß ein zusätzlicher Geldbedarf der Wirtschaft infolge einer Belebung der Produktion noch nicht besteht. Der Zahlungsmittelumsatz liegt vielmehr noch um mehr als 180 Millionen unter dem Stande des Juli-Ultimo.

Die Devisenbilanz bietet auch in der Berichtswochte ein erfreuliches Bild, denn trotz der zahlreichen Devisenanforderungen zur Zahlung ausländischer Zinscoupons weist die Deckungsreserve durch Erhöhung der Goldbestände um 14,7 Millionen bei einem Devisenabgang von 13,3 Millionen eine Steigerung um 1,4 Millionen Mark auf. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug 24,7 gegen 26,5 Proz. in der Vormoche.

Schlechtes Hotelgeschäft

Die Folgen von Verkehrsrückgang und Einkommensverfall.

Im Geschäftsjahr 1931/32 (1. April bis 31. März) haben auch die Berliner Luxus-hotels die Folgen der Wirtschaftskrise empfindlich zu spüren bekommen. Die Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft, die noch für das vorangegangene Wirtschaftsjahr aus einem Reingewinn von 1,8 Millionen Mark eine Dividende von 8 Proz. zahlen konnte, hat im Berichtsjahr

einen kleinen Betriebsverlust von 38 000 Mark erlitten, der durch den Gewinnvortrag gedeckt ist.

Die Hotelbetriebs-A. G. besitzt die Hotels Bristol, Kaiserhof, Baltic und fastisch auch das Zentralhotel; sie betreibt außerdem den Wintergarten und die Kranzler-Betriebe. Die politische Unruhe des Jahres 1931/32, die Banken- und Kreditkrise haben den Fremdenverkehr stark beeinträchtigt. Dazu kam die Schrumpfung der Einkommen, die erheblich auf den Umsatz drückte. Gleichwohl lag der Besuch in den Hotels der Betriebs-A. G. über dem deutschen und auch über dem Berliner Durchschnitt.

In der Bilanz erscheinen bei einem Kapital von 21,7 Millionen Mark und Reserven von 4,5 Millionen Mark die Hotelgrundstücke und die Beteiligungen mit einem Gesamtwert von 24,2 Millionen Mark. Im übrigen zeigt die Bilanz gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Anspannung, da die flüssigen Mittel stark vermindert sind. Die Bankguthaben sind von 4,2 Millionen Mark auf 18 000 M. zurückgegangen, dafür sind die Forderungen von Tochtergesellschaften von 0,9 auf 3,4 Millionen Mark gestiegen. Neu erschienen Bankschulden in Höhe von 0,4 Millionen Mark.

Diese Verschlechterung der finanziellen Situation dürfte wohl mit der Eröffnung des Restaurants Kranzler unter den Linden und der Konditoreien Kranzler und Bristol am Kurfürstendamm zusammenhängen. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist der Umsatz weiter zurückgegangen.

700000 USA. Eisenbahner erwerbslos

Der Personalbestand der amerikanischen Eisenbahnen ist, laut einem Bericht der Interstate Commerce Commission, in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres weiter um 112 000 auf 1 022 000 Mann verringert worden gegen 1 310 000 vor Jahresfrist.

Vor zwei Jahren betrug die Gesamtbelegschaft noch 1 532 000 und vor drei Jahren 1 745 000 Personen.

Milliardendefizit in den USA. Das erste Quartal des laufenden Rechnungsjahres in den Vereinigten Staaten schloß bei 883 Millionen Dollar Ausgaben und nur 431 Millionen Dollar Einnahmen, mit einem Fehlbetrag von 452 Millionen Dollar, also etwa 1,60 Milliarden Mark ab.

Selbstvertrauen und Hoffnung — unser Kapital. Nur starke Nerven schützen es. Darum: Kaltes Hag.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

31]

„So — und wenn wir nur einen Funken Phantasie haben, dann bringen wir's fertig, uns einzubilden, daß dieses olle Kattertari ein toller Rolfs Ronce ist — oder — Erzsnobs sind wir, Martin...“

„Bildhübsch bist du, Gilgichen!“
„Hört man immer wieder gern, sowas, Martin — bitte, sag's nochmal. Wie? Sag's noch dreimal — kann man gar nicht genug hören. — Martin, der Pelz! Also ich komm' mir vor — ganz große Klasse, Martin! Laß — nicht die Haare durcheinander bringen — ich bin jetzt zu vornehm für solche Fuhrmannschießelungen. Halt!!! Wir sind da — geh raus, Martin — hol' Olga...“

Wart einen Augenblick, Martin — wie macht sich das: linker Fuß auf der Erde, rechter Fuß auf dem Trittbrett — Frau Generaldirektor K. mit ihrem schnittigen, raffigen, elegant karossierten 17/100-PS-Bierfischer-Cabriolet! Elegante Welt — letzte

sprochen — werd' warten, und wenn's drauf ankommt, bin ich da. Weißt du noch — und genügt, daß du's weißt? Dank' dir schön, Olga.

„Wohin fahren wir eigentlich? So, ins Savoy...“

„Ja, erst Chablis — alten Pommern später...“

„Ach, Martin, ich glaub', die meisten feinen Leute haben die Kellnerschöfe. Die bestellen nur so vornehme Sachen und tun, als wenn's ihnen selbstverständlich wäre — nur um dem Kellner zu imponieren. Auch ein Ehrgeiz!“

Man ist, man trinkt, man lacht: Man ist einverstanden miteinander und fühlt sich wohl. — „Ich kann heut' nichts vertragen“, klagt Gilgi nach dem zweiten Glas Sekt. Ist wie knokout gebort von schwerer bleierner Müdigkeit. Lacht gleich darauf wieder, ist ausgelassen und um eine ganz, ganz kleine Nuance zu laut. „Prost Kinder!“ ruft sie, ein böses Spottlächeln im Ton. Galgenhumor. „Prost Kinder — sind wir nun drei oder vier hier am Tisch?“ „Siehst du schon

doppelt, Gilgichen?“ „Qui sait?“ Sie lacht. „Vor ein paar Tagen war Bit bei mir“, erzählt Olga, „er hat nach dir gefragt, Gilgi und...“ Bit! Gilgi fährt sich über die Stirn. „Was macht er, wie geht's ihm?“ Ihre Fragen überfluteten sich. Wenn

in der Lintgasse, Olga? Ich nehm' ein Taxi, Martin — in fünf Minuten bin ich da, in spätestens einer halben Stunde wieder zurück.“ Martin macht Einwände, Olga macht Einwände: jetzt — so plötzlich — doch lange genug ohne ihn gegangen — Zeit bis morgen — warum denn nur — warum... „Herrgott im Himmel, macht mich doch nicht verrückt.“

Ruß denn auch immer alles erklärt werden!!! Ich will jetzt gehn — jetzt will ich — verstehe mich doch — nein, allein will ich...“ Schon sitzt sie draußen im Auto.

Märchen von Tahiti. „Tag, mein Junge“, sagt Gilgi und tippt Bit auf die Schulter — genau wie damals... Bit sieht auf. Sein Gesicht ist noch schmaler, noch blutloser geworden, die Augen noch mehr eingefunken — anders — nicht weicher — nein weiter im Blick.

„Setz dich nur, Gilgi, ich komme gleich zu dir.“ Nach kurzem, harten Druck läßt er ihre Hand fahren... Märchen von Tahiti... Gilgi läßt den Pelz halb über die Schulter gleiten. Sehr fein sieht sie aus, sehr schön und elegant. (Fortsetzung folgt.)



Im Savoy

Phot. Paramount

er mich gesucht hat, dann braucht er mich — Gilgi spürt plötzlich sinnlose Sehnsucht nach Bit, seiner harten Einlamkeit, der Unerschrockenheit seines Wesens. Sie springt auf — „ich muß mal eben hin zu ihm — sei mir nicht böse, Martin — spielt er noch



Gilgi im Pelz

Phot. Paramount

Seite... Entschuldige, Martin, aber das reizt mich, ordinar zu werden! Ich werd' jetzt in erstklassigen, schnittigen, elegant karossierten Dreimeterbogn bis zur Wand drüber spucken. Ach, Martin — du — nein, das geht nicht — am helllichten Tage auf offener Straße — Martin, laß mich los — wenn das aus „Sitten und Gebräuchen der Südseeinsulaner“ ist — hier kommst du mit der Sitten- und Gebrauchspolizei der Zentrumsinsulaner in Konflikt... Nicht, Martin — mein Stempelgeld deckt sonst glücklich allein die Kosten für Lippen- schminke — los, mach', daß du rauskommst, Martin!“

Die kleine Dame Gilgi steht allein neben dem Auto, zieht die Oberlippe hilflos schief über den hübschen blanken Zähnen. Wird plötzlich blaß unter der Schminke, fällt mit der Schulter gegen die Scheibe — wird bald alles ernst, ist bald alles zu Ende... Hat gleich wieder ihr tapfres Kleinstädchengeficht. Durchhalten wird man — so oder so — Courage hat man, und Kleinkriegern läßt man sich nicht, und so Gott will — werden's wenigstens keine Zwillinge.

„Ah, Olga, meine liebe Olga! Sieht sie nicht wunderschön aus, Martin! Ich find' es unnatürlich, daß du nicht in sie verliebt bist...“

„Gilgichen, deine Männer sind mir sakrosantes Gut.“ „Männer! Wer spricht hier von Polygamie!“ „Ja, wir sind alle hoffnungslos monogam.“ „Natürlich, wir sind defadent vor lauter Moral...“

Hat was für sich, mit Bequatsche Gefühl zudecken. Liebe Olga. Gilgi hält Olgas Hand, ihre Knie sind eingeschlossen von Martins Knien. Sprechen drei Menschen zusammen, sprechen Knie zusammen und zwei Hände. — Man muß sie lieb haben, Olga, dieses leichtsinnige Mädchen. — Gilgi lacht, rafft mit einer hübschen, leichten Bewegung den Pelz über der Schulter zusammen — am schmalen blaffen Ringfinger glimmt der dunkle Amethyst — hält mit der Linken Olgas Hand umklammert, gräbt ihr die Nagel in die weiche Handfläche. Keine Angst, meine Kleine — sagen Olgas Finger — keine Angst — wird nichts gefragt, nichts ge-

Arbeiterleben in Bilbao

Wie es im Baskenland aussieht

Es ist ein elender Zug, der aus Santander durch unzählige Tunnel nach Bilbao fährt, aber der Eindruck dieser Reise ist dennoch sehr stark, trotzdem man schon lange vor Bilbao das Kantabrische Gebirge mit all seiner Schönheit vergißt. Unvermutet wird das Augen durch das vom Spanienteilenden beinahe vergessene Bild der Fabrikshornsteine getroffen, und, ehe man's begreift, ist man schon mitten unter Werkstätten, Fabriken, Hochöfen. Man möchte fast fragen, ob man wirklich noch diesseits der Grenze sei, ob man sich noch auf spanischem Gebiete befinde; so verschieden ist dieses industrielle Spanien von allem bisher in Spanien Gesehenen. Selbst Katalonien ist ja ganz anders, denn dort ist vorwiegend Textilindustrie, die sich nach außen hin nicht bemerkbar macht. In Bilbao dagegen ist man mitten unter Erzgruben und Schwerindustrie, Hochöfen, Walzwerken, Eisenwerken. Schmalspurige Eisenbahnen durchziehen das Gebirgsmassiv, und Erze werden aus ihnen in die Wälder gebracht.

Auch in der Hauptstadt dieses Bezirks, in Bilbao selbst, fühlt man sehr stark, daß man sich in einer Industriestadt befindet, die nicht mehr einen rein spanischen, sondern einen internationalen Charakter trägt. In den großen und sehr eleganten Cafés hört man viel französisch, englisch und deutsch sprechen: die Gruben sind zu einem großen Teile in Händen ausländischer Gesellschaften, die hier große Büros unterhalten.

Groß und belebt ist das Arbeiterdortel von Bilbao, trotzdem ein bedeutender Teil der Arbeiterkraft außerhalb der Stadt in vielen kleinen Vororten, die zugleich Fabrikorte sind, wohnt. Die Zahl der Arbeiter ist sehr beträchtlich; man sagte mir, daß allein die Grubenarbeiter und die Metallarbeiter mehr als 100 000 Mann ausmachen. Natürlich ist gegenwärtig die Lage der Arbeiter schlecht. Die Arbeitslosigkeit wächst durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise, die in Spanien noch durch eine gewisse Sabotage der Unternehmer gegen die Republik verschärft ist, dauernd an. Eine genaue Statistik existiert hier natürlich ebensowenig wie in den anderen spanischen Provinzen. Immerhin konnte man mir annähernd die Zahl nennen, nämlich 12 bis 15 Tausend Arbeitslose, was bedeutend mehr ist als der sonstige Durchschnitt in diesem wenig industriellen Lande.

Man könnte vielleicht vermuten, daß eine solche Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not die Arbeiterkraft dieser Provinz radikal stimmen, und es ist eine um so erfreulichere Überraschung, daß diese Befürchtung durchaus nicht zutrifft. In der Tat, die U.S.T., die sozialistischen Gewerkschaften, sind hier die stärkste Arbeitergruppierung. Sie zählen über 50 000 zahlende Mitglieder. Nach ihnen kommen die nationalen Gewerkschaften, eine Spezialität des Baskenlandes, die mehr den nationalen baskischen Bestrebungen als den Arbeiterinteressen zugetan sind, dann erst die Anarcho-syndikalisten und schließlich die Kommunisten, die wenig zahlreich sind. Diese Entwicklung läßt sich gerade aus dem industriellen Charakter des Landes ziemlich leicht erklären. Im Baskenland entstanden die ersten sozialistischen Arbeiterorganisationen

Spaniens, und der soziale Kampf nahm hier seinen Ausgang. Da aber in jenen Zeiten für den Klassenkampf nur eine einzige Parole galt, so ist es klar, daß die Arbeiterkraft dieser Provinz sozialistisch war. Später haben die vielen gewonnenen Arbeitskämpfe und die immer strenger werdende Organisation die Arbeiter fester zusammengeschlossen. Sie sind deshalb neuen Kampfrufen weniger zugänglich als etwa die völlig unorganisierten Volksmassen in Andalusien. Immerhin zeigen die letzten Ereignisse gerade im Grubenbezirk von Bilbao, wo im Zusammenhange mit der Begnadigung des aufständischen Generals Sanjurjo Kundgebungen stattfanden, die einen blutigen Ausgang nahmen, daß die radikalen Elemente, wenn auch nicht zahlreich, so doch sehr aktiv sind.

Die sozialistischen Gewerkschaften führen in dem industriellen Gebiet einen sehr bewußten und sehr harten Kampf, um die Lage der Arbeiterkraft zu bessern. Gegenwärtig geht es ihnen darum, eine Arbeitslosenversicherung ins Leben zu rufen. Bis jetzt wird dem Arbeiter und ihren Familien nur auf dem Wege der Wohltätigkeit geholfen: die Stadtgemeinden spenden für unentgeltlich. Rünftig soll aber zum Zwecke der Arbeitslosenversicherung 1 Proz. vom Lohne der Arbeiter abgezogen werden, und die gleiche Summe wie die Arbeitnehmer sollen auch die Arbeitgeber leisten. Die so erhaltenen Mittel werden freilich bei weitem nicht genügen, um halbwegs auskömmliche Unterstützungsgelder zu zahlen. Immerhin

wäre damit der erste Anfang einer Arbeitslosenversicherung gemacht.

Es ist kaum zu glauben, daß im gleichen Baskenland, in dem ein so sachlicher und zielbewußter Kampf geführt wird, auch für einen provinziellen und kleinbürgerlichen Patriotismus Platz ist. Und doch ist das Baskenland sehr national und eine Hochburg des spanischen Katholizismus. Die Basken, die außerordentlich stolz darauf sind, „reines“ arisches Blut in den Adern zu haben, und die sich als die älteste Nation Europas betrachten, wollen unbedingt ihre alten politischen Freiheiten zurückgewinnen und erstreben eine Art Selbstverwaltung, wie sie kürzlich den Katalonien jurell gemordet ist. Jedoch, wenn es in Katalonien eine izquierda, d. h. eine Linkspartei, gibt, die die autonomistischen Bestrebungen mit gewissen sozialen Idealen zu verbinden sucht, so find es im Baskenlande hauptsächlich die Rechtsleute, die sich von Spanien in ihrer inneren Verwaltung isolieren wollen. Zunächst existierte ein Projekt, monach die drei baskischen Provinzen mit der Provinz Navarra ein gemeinsames Statut bekommen sollten. Doch bei der Zusammenkunft der Bürgermeister aus diesen Gebieten erries es sich, daß die Konarren gar nicht willens sind, zusammen mit den Basken vorzugehen, vielleicht, weil sie befürchten, daß die viel mächtigeren und reicherer Basken sie leicht unterdrücken könnten, vielleicht aber auch, weil die Konarren noch rü d f t a n d i g e r und katholischer sind als die Basken.

Historische Wespe

Wespenurnen gab es schon in jenen Erdzeitaltern, da über Mitteldeutschland ein blaues, warmes Karollenmeer rauschte, dessen stehengebliebene Riffe heute noch, gleichsam zur Erinnerung an jene Periode, den Namen Kreide tragen. Auch das spätere urweltliche Paradies der deutschen Palmen, Lotos- und Komperfbäume, das Tertiar, entbehrt ihrer nicht, denn zwischen Blättern und Farnabdrücken tragen die Braunkohlen zuweilen auch Spuren von Flügeln und Chitin-körpern, die beweisen, daß die uralten Wespen-großmütter ihren heute lebenden Enkeln fast aufs Haar ähnlich gesehen haben.

Die früheste historische Wespe dagegen ist um sehr vieles jünger; sie zählt nur etwa dreitausend Jahre. Und da sie unter nicht ganz alltäglichen Umständen gefunden wurde, lohnt es sich vielleicht, sich ihrer zu erinnern. Ihre Heimat ist das Land der Rumien, Ägypten, und die Ursache ihrer Entdeckung ist die berühmte, seit Jahrhunderten geübte Gewohnheit der Araber, die verstorbenen Gräber aufzubrechen und zu plündern. Dieser Grabraub scheint in Ägypten allerdings, wie so vieles, bereits antike Mode gewesen zu sein, denn um sie vor Leichenräubern zu retten, brachte man während der 20. Dynastie bereits — also etwa 1000 n. Chr. — mehr als 100 kostbare Rumien samt Schätzen und kostbaren Särgen in

einen völlig verborgenen Schacht bei Theben, so gut hinter Steinen vergraben, daß seine Kenntnis mit den Menschen jener Zeit ausstarb und im Sande der Wüste verlank. Erst die Araber spürten die verborgenen Feliengänge, 12 Meter unter der Erde, wieder auf, und da sie tödlich genug waren, dort gestohlene kostbare Papiere zum Kauf anzubieten, so wurden sie durch Straßen und Drogenläden endlich dahin gebracht, die Lage des Schachtes zu verraten.

Unerhörte Kulturschätze an Schmuck, edlen Metallen, Waffen und Dokumenten löhnten die zugreifende Gerechtigkeit. Eine der verstorbenen Königinmumien, die einstmalig als Amenophis I., um 1557 v. Chr. ein Herrscher von unumstößlicher Gewalt und göttlichen Ehren gewesen war, trug noch so reichen Blumenschmuck, daß man die Blüten erkennen und bestimmen konnte. Und mitten in ihnen sah, den Rüssel noch laugend vor-gestreckt, eine Wespe, die wohl einst, ganz in Duft und Harzenglut versunken, das Schließen des schweren Holzsarkofags verfaumt hatte und mit eingelarot worden war, um erst 3000 Jahre später das Licht der Sonne wieder zu erblicken. Das trodene, oft mehr als hundert Jahre völlig rege-nulose Klima hatte ihren jarten Leib ebenso gut bewahrt wie den ihres einstigen Herrichers.

R. Fausc.

